



**Protokoll der 26. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 15. Dezember 2021, 16:00 Uhr im Rathaus**

- Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Claudio Bernold
- Namensaufruf:** 33 anwesende Mitglieder
- Entschuldigt:** Gemeinderat Ivo Begic, Gemeinderat Roman Fischer, Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderat René Gubler, Gemeinderätin Severine Hänni, Gemeinderat Michael Pöll
- Mitanwesend:** Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker
- Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 127 Mitteilungen
- 128 Protokoll der Sitzung vom 17. November 2021
- 129 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2019 - 2023 (Nachfolge von Ursula Duewell, FDP)
- 130 Ersatzwahl des Präsidiums der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge von Ursula Duewell, FDP)
- 131 Antrag von Stadträtin Elsbeth Aepli auf inhaltliche Richtigstellung des Beschlusses des Gemeinderats vom 17. November 2021 betreffend Auswärtigentarife im Antrag 2 der Botschaft Nr. 28 «Alterszentrum Park – Erhöhung Pensionspreise im Alters- und Pflegeheim Ergaten Talbach»
- 132 Erlass des Reglements über das Alterszentrum Park
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 133 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2022
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, kurz vor Weihnachten steht die traditionelle Budgetsitzung an. In der Regel werden aber da keine Geschenke verteilt. Muss es auch nicht, denn normalerweise werden Geschenke für vergangene Leistungen verteilt. Oder eben wie an Weihnachten, um ein Fest zu feiern. In der heutigen Sitzung werden die Weichen für das kommende Jahr gestellt, damit die Stadt mit den vorhandenen Finanzen ihre Leistungen erbringen kann. Damit dies möglich sein wird, bedarf es im Gemeinderat einer vorausschauenden Planung und der Bereitstellung der nötigen Mittel. Ich bin überzeugt, dass wir in dieser Sitzung diese Weitsicht haben werden und wir uns zum Wohl der Stadt einsetzen werden. Nun wünsche ich Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, frohes und konstruktives Debattieren und Ihnen, geschätztes Publikum, eine spannende, kurzweilige Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Für die heutige Sitzung hat das Ratsbüro Reto Martin von der Thurgauer Zeitung das Fotografieren erlaubt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 32 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

127

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):

1. Heute möchte ich speziell Kathrin Widmer Gubler im Rat begrüßen. Kathrin, du hast dir den bestmöglichen Start im Gemeinderat ausgesucht und kannst dir aufgrund der erwarteten Sitzungsdauer bereits einen guten Überblick über das Ratsgeschehen verschaffen. Ich wünsche dir viel Freude und spannende Diskussionen in unserer Runde.
2. Gemeinderat Peter Hausammann hat am 12. Dezember 2021 dem Stadtrat und mir seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per 31. März 2022 eingereicht. Sobald der Rücktritt offiziell vom Stadtrat genehmigt wird, wird die Stadtkanzlei mit der Einleitung des Ersatzwahlverfahrens beauftragt. Wir freuen uns, dich noch ein paar Sitzungen dabeihaben zu dürfen.
3. Auf Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
 - Das lachsfarbene Papier der Redaktionskommission, dieses betrifft das Traktandum 132;
 - der Antrag von Stadträtin Elsbeth Aepli betreffend Traktandum 131 sowie
 - die Anträge des Stadtrats betreffend Traktandum 133.

128

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 17. NOVEMBER 2021

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Das Protokoll der 25. Sitzung vom 17. November 2021 wurde am 24. November 2021 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es ist ein Änderungswunsch von Gemeinderätin Renate Luginbühl eingereicht worden. Im Protokoll auf S. 582 steht im Votum von Gemeinderätin Renate Luginbühl «Für das COVID-Jahr 2020 hat der Kanton

dem Alterszentrum Park 42'000 Franken bezahlt.» richtigerweise müsste es heissen «Für das COVID-Jahr 2020 hat der Kanton dem Alterszentrum Park 402'000 Franken bezahlt.» Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll noch weiter gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll mit der erwähnten Korrektur stillschweigend genehmigt und ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

129

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON URSULA DUEWELL)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit ihrem Schreiben an den Gemeinderatspräsidenten vom 12. Oktober 2021 gab Gemeinderätin Ursula Duewell ihren Rücktritt bekannt. Die Fraktion FDP hat das Vorschlagsrecht für eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger von Gemeinderätin Duewell für ein Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen (GGF) für den Rest der Legislatur 2019-2023.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir schlagen Ihnen Kathrin Widmer Gubler als Mitglied der GPK GGF vor. Kathrin Widmer Gubler ist 1974 in Frauenfeld geboren. Aufgewachsen ist sie in Steckborn und an verschiedenen Orten im Ausland. Sie ist Mutter von Zwillingen und wohnt seit 2006 mit ihrer Familie wieder in Frauenfeld. Sie hat in Bern Rechtswissenschaften und in St. Gallen an der HSG Internationale Beziehungen studiert. Im Kanton Thurgau hat sie das Anwaltspatent erworben. Am Institut für öffentliche Dienstleistungen der HSG war sie im Bereich New Public Management tätig. Kathrin Widmer Gubler ist heute Unternehmerin und leitet seit über zehn Jahren in strategischer Führungsposition zwei in Frauenfeld ansässige KMU. Sie war während acht Jahren Mitglied im Vorstand des Kunstvereins Frauenfeld und ist aktuell Delegierte der FDP Schweiz. Wir schlagen Kathrin Widmer Gubler für dieses Amt vor, weil sie aufgrund ihrer Berufserfahrung und Ausbildung ein ausgeprägtes Sensorium für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen mitbringt und weil sie aus eigener Erfahrung weiss, wie wichtig Sprache als Schlüssel zur Integration in einem neuen Kulturkreis ist. Besten Dank für Ihre Stimme.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vorgeschlagen ist Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen deshalb vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Das scheint auch der Fall zu sein. Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüsse ich noch Gemeinderat Stefan Geiges. Wir sind somit 33 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt 17.

Abstimmung

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen gewählt.

130

ERSATZWahl DES PRÄSIDIUMS DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON URSULA DUEWELL)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die Fraktion FDP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Gemeinderätin Ursula Duewells für das Präsidium der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen.

Gemeinderat Sandro Ern  (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Einiges habe ich schon vorhin erzählt. Die Fraktion FDP schlagt Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler auch als Präsidentin der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen vor. Kathrin Widmer Gubler ist eine neugierige, offene und warmherzige Persönlichkeit. Als Unternehmerin bringt sie eine Sichtweise von aussen ein. Sie stellt Fragen anders und schält den Kern heraus. Sie ordnet Überlegungen in einen Gesamtkontext ein. Das Rstwerkzeug, welches sie als Anwältin mitbringt, sowie ihre Neugierde erlauben ihr, sich schnell und vertieft in Dossiers einzuarbeiten. Kathrin Widmer Gubler ist aufgrund ihrer langjährigen Führungserfahrung eine ausgeprägte Teamplayerin und eine genaue Zuhörerin. Anliegen und Interessen unterschiedlicher Anspruchsgruppen kann sie austarieren und auf das gemeinsame Ziel fokussieren. Danke für Ihre wohlwollende Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Gibt es weitere Vorschge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Die scheint der Falls zu sein, danke schön.

Abstimmung

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Präsidentin der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich gratuliere dir herzlich zur Wahl und wünsche dir viel Geschick, Energie und Ruhe in diesem anspruchsvollen Amt.

131

ANTRAG VON STADTRÄTIN ELSBETH AEPLI AUF INHALTLICHE RICHTIGSTELLUNG DES BESCHLUSSES DES GEMEINDERATS VOM 17. NOVEMBER 2021 BETREFFEND AUSWRTIGENTARIFE IM ANTRAG 2 DER BOTSCHAFT NR. 28 «ALTERSZENTRUM PARK – ERHÖHUNG PENSIONSPREISE IM ALTERS- UND PFLEGEHEIM ERGATEN TALBACH»

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): In der Redaktionskommission wurde diskutiert, in welcher Form die Präzisierung erfolgen soll. Wir waren der Meinung, dass es nicht Sache der Redaktionskommission sei, die Richtigstellung zu kommunizieren. Es stellte sich uns allerdings die Frage, ob es formell korrekter gewesen wäre, wenn die Richtigstellung in Form einer kurzen Botschaft anstelle eines Antrags hätte erfolgen sollen. Das hätte aber allenfalls auch eine Verzögerung ergeben können. Für zukünftige Korrekturen werden wir aber sicherlich die formell korrekte Form wählen.

Stadträtin Elsbeth Aepli (Die Mitte): Es steht eigentlich alles im Antrag drin. Ich weiss auch, dass das eigentlich nicht formell korrekt ist. Wenn dieser Antrag heute formeller Natur zu Diskussionen Anlass geben würde, hätte ich die Botschaft bereit, die würde dann halt einfach am 19. Januar 2022 kommen. Ich möchte einfach sagen, wie es aussieht. Dass ich nicht prsent hatte, dass es 10 Franken im Zweierzimmer und 20 Franken im Einerzimmer ist, ist ein Fehler

meinerseits. Und es ist eben relevant, denn wir haben per Ende Oktober 18 Personen im Alterszentrum Park, die einen Auswärtigenzuschlag bezahlen. Das sind 13 Personen in einem Zweierzimmer mit einem Zuschlag von 10 Franken und 3 Personen mit einem Zuschlag von 20 Franken und 2 bezahlen aufgrund einer besonderen Situation in einem Einzimmer einen Zuschlag von 10 Franken. Im betreuten Wohnen gibt es ja keine Auswärtigenzuschläge und in der Parksiedlung Talacker auch nicht. Dort mit der Vollkostenrechnung gibt es die Unterscheidung zwischen einheimischen und auswärtigen Bewohnern nicht. Die neuen Tarife treten ja auf den 1. Januar 2022 in Kraft. Wenn Sie heute aus formellen Gründen – ich hoffe nur aus formellen Gründen – diesem Antrag nicht zustimmen würden, würde das dann halt Mitte Januar mit einer Botschaft diskutiert und dann rückwirkend auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt. Ich hoffe aber, dass Sie dem ein wenig nicht ganz konformen Antrag zustimmen werden.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich frage, ob es Wortmeldungen aus dem Rat gibt. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dem entnehme ich, dass der Antrag unbestritten ist und komme somit direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Der Antrag von Stadträtin Elsbeth Aepli wird einstimmig angenommen.

132

ERLASS DES REGLEMENTS ÜBER DAS ALTERSZENTRUM PARK

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): An unserer Sitzung vom 17. November 2021 hat der Gemeinderat das Reglement über das Alterszentrum Park beraten. Anschliessend wurde es an die Redaktionskommission überwiesen. Diese hat nun beraten und Ihnen die aufliegende Fassung vorgelegt. Das ist das lachsfarbene Papier. Wir beraten nun die redaktionellen Änderungen.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat das Reglement an der Sitzung vom 22. November 2021 behandelt. Die redaktionellen Anpassungen wurden Ihnen als lachsfarbenes Papier am 24. November 2021 gestellt. Ich danke an dieser Stelle dem Ratssekretär für die prompte und saubere Arbeit. Ich finde, wir haben hier eine sehr übersichtliche Darstellung, was die Vorbereitung auf die redaktionelle Beratung stark vereinfacht. Aber kommen wir zu den effektiven Änderungen – ich führe zusammenfassend aus:

1. Zur Vereinheitlichung haben wir uns entschieden, im Genitiv «des Alterszentrums Park» mit «s» zu schreiben und nicht «des Alterszentrum Park», wie das beispielsweise in Art. 3 der Fall war. Wenn man davon ausgeht, dass Alterszentrum Park ein Name ist, dann wäre es eigentlich ohne «s» ganz richtig, allerdings würde es irritieren, das «s» wegzulassen und ein irritierendes Reglement ist nicht das Ziel. Des Weiteren besteht eine Fachkommission für den Betrieb des Alterszentrums Park. Wir hätten also eine konsequente Haltung.
2. Bezüglich geschlechtergerechter Formulierung haben wir vereinheitlicht, und es heisst nun Bewohnerinnen und Bewohner und nicht Bewohner und Bewohnerinnen, da es für uns üblicher ist, die weibliche Form zuerst zu verwenden. Bewohnende wollten wir nicht verwenden, da uns das Wort nicht so gängig scheint. Auch bei der Zentrumsleiterin oder dem Zentrumsleiter wollten wir nicht auf die Paarform verzichten, da die Zentrumsleitung bereits ein fünfköpfiges Gremium ist und die zentrumsleitende Person ein Vergehen an der deutschen Sprache wäre.

Dann gibt es noch diverse kleine Änderungen, die ich nicht durchpauke, sie haben das ja alles genauestens angeschaut. Erwähnt sei aber noch Art. 19 Abs. 3. Austritt bzw. Tod tönt doch stark danach, als ob die beiden Begriffe gleichzusetzen sind. Das Wort «oder» soll hier klar deklarieren, dass dem nicht so ist.

Zum Schluss möchte ich gern nochmals um Ihre Aufmerksamkeit bitten, da wir noch eine weitere Anpassung hätten, die jedoch nicht in diesem Dokument ersichtlich ist. Der Schlankeit halber bauen wir das aber hier ein, wir haben heute ja noch anderes zu diskutieren.

Wir wurden von der Fraktion Die Mitte/EVP darauf aufmerksam gemacht, dass in Art. 10 Abs. 1 das Kürzel RB falsch ist, da es sich um die städtische Verordnung handelt und nicht um eine kantonale. Da wir in anderen Fällen, namentlich in Art. 24 allerdings auf das GR-Kürzel verzichten möchten, beantragen wir Ihnen hiermit, das RB in Art. 10 Abs. 1 einfach wegzulassen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen: Als ich das lachsfarbene Papier studierte, kam bei mir das Bedürfnis auf, mich bei euch zu bedanken, weil ihr nicht nur offensichtliche Fehler rausgenommen, sondern auch noch mit kreativer Schaffenskraft zur Lesbarkeit beigetragen habt. Vielen Dank dafür. Noch ein kleiner Hinweis: Darauf hat mich Peter Hausammann – er ist immer noch aktiv dabei, wie ihr merkt – aufmerksam gemacht. Auf S. 2 in der 5. Zeile müsste es bei der Korrektur «Rechtsverhältnis zu den Bewohnerinnen und Bewohnern» heissen. Ich denke, das kann man vielleicht einfach für die To-do-Liste noch notieren.

Abstimmung

Die bereinigte Fassung des Reglements über das Alterszentrum Park wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die durch den Rat genehmigte Inkraftsetzung dieses Reglements wird dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung unterstellt. Da das Behördenreferendum wahrscheinlich nicht ergriffen wird, beginnt die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten am 16. Dezember 2021 und endet am 31. Januar 2022. Ich danke der Redaktionskommission und dem Rat für das genaue Durchlesen und die Änderungsvorschläge.

133

BUDGET DER STADT FRAUENFELD FÜR DAS JAHR 2022

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit Botschaft Nr. 29 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 26. Oktober 2021 haben wir das Budget 2022 der Stadt Frauenfeld, von Thurplus und des Alterszentrums Park erhalten. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit dem Eintreten, danach folgt die Detailberatung und anschliessend stimmen wir immer direkt in den Departementen über die einzelnen Anträge ab. Es wäre schön, wenn wir eine straffe Führung der Diskussion durchziehen könnten. Deshalb bitte ich die Fraktionen darum, entweder beim Eintreten oder zu Beginn der Detailberatung grundsätzliche oder allgemeine Voten jeweils nur einmal wiederzugeben. Im zweiten Schritt werden wir die Departemente inkl. Investitionen im Register 6 departementsweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen, wenn dies nicht schon erfolgt ist, mit Kontonummer bzw. Investitionsnummer und Betrag. Auch die beiden Anträge des Stadtrats, welche Sie auch vor sich haben, werden wir am Schluss der Detailberatung in den jeweiligen Departementen anbringen. Im dritten Schritt werden wir den Finanzplan 2020-2022 in Register 4 und die Finanzkennzahlen in Register 5 debattieren. Im vierten Schritt werden wir die Budgets von Thurplus und des Alterszentrums Park inkl. deren Finanzpläne besprechen. Bei Voten mit Anträgen geben Sie bitte die Seite und das Konto an und geben mir die Anträge schriftlich ab. Im fünften Schritt werden wir schliesslich über die einzelnen Anträge der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

EINTRETEN

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Kommission dankt für die umfangreichen Unterlagen und die damit verbundene grosse Arbeit. Der Dank geht vor allem an den Finanzchef Reto Angehrn.

Kernaussage: Die budgetierten Ergebnisse der Erfolgsrechnung der Stadt mit minus 3.78 Mio. Franken, von Thurplus mit plus 5.7 Mio. Franken und vom Alterszentrum Park mit plus 0.44 Mio. Franken sind nicht ganz befriedigend. Die Kommission ist zusammengefasst der Meinung, dass der Steuerfuss trotz der Defizite in Erfolgs- und Gesamtrechnung nicht so rasch angetastet werden soll. Die Reduktion von Nettovermögen und Eigenkapital ist verkraftbar. Der Finanzplan hingegen zeigt, dass das Finanzpolster in der Gesamtrechnung, also das Finanzvermögen, im Jahr 2023 bereits aufgebraucht ist und nur noch Defizite ausgewiesen werden. Ich zitiere den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration anlässlich der Beratung des Budgets 2021 im Dezember 2020: «Die Reduktion von Nettovermögen und Eigenkapital ist vertretbar. Das zeigt folgendes Bild: Die allseits akzeptierte Vorgabe aus dem Bilanzüberschuss von 40 Mio. Franken genügt und führt zu einem Defizitpolster von über 30 Mio. Franken. Dieses Defizitpolster reicht zum Beispiel für neun aufeinanderfolgende Jahre mit einem Defizit von 3.5 Mio. Franken, wie für 2021 budgetiert.» Auf der anderen Seite ist das Nettovermögen nicht schon erst 2029 oder viel früher aufgebraucht, wo der Stadtrat eine Steuererhöhung angedacht hat. Liegt es wirklich nur an den Investitionen und den Abschreibungen oder fehlt nicht auch der Sparwille? Die Rechnung ist nicht ausgeglichen und wird es mittelfristig ohne Kraftakt auf der einen oder anderen Seite oder auf beiden Seiten auch nicht sein. Wichtig ist, beliebig fortschreiben wollen und dürfen wir ein solches Defizit nicht und der ständige Personalausbau muss gestoppt werden.

1. Rechnungsergebnisse:

Ich beschränke mich auf Erfolgsrechnung und Gesamtrechnung der drei Einheiten.

- Stadt Frauenfeld: Das Budget 2022 ähnelt dem letzten Budget 2021. Bei der Stadt ist die Gesamtrechnung massiv schlechter budgetiert. Finanzierungsbedarf von 23 Mio. Franken, für die Jahre 2023-2025 ist ein weiterer Bedarf von kumuliert 45 Mio. Franken geplant. Der Stadtrat ist aufgefordert, dazu bzw. dagegen Massnahmen aufzuzeigen. Die grundsätzliche Unterstützung des Stadtrats hat auch damit zu tun, dass er Klartext spricht. Dazu gehört insbesondere, dass er frühzeitig und gut begründet aufzeigt, wann er eine Steuerfusserhöhung für notwendig hält und in welchem Umfang.
- Alterszentrum Park: Die Kerndaten sind etwas besser.
- Thurplus, Erfolgsrechnung: Die Kerndaten sind etwas schlechter.
- Stadt Erfolgsrechnung: Defizit von 3.78 Mio. Franken, das ist das schlechteste budgetierte Ergebnis seit Jahren. Die 3.91 Mio. Franken sind 4.6 % des Umsatzes, 1.35 % des Eigenkapitals und 1.4 % des Bilanzüberschusses.
- Steuereinnahmen: Gemäss dem Leiter des Steueramts ist bei den natürlichen Personen wieder mit etwas mehr Steuererträgen zu rechnen. Bei den juristischen Personen sind wir auf Berechnungen des Kantons angewiesen. Hier wurden rund 450'000 Franken Mindererträge eingerechnet, im Budget 2022 wird wieder von besseren Geschäftsabschlüssen ausgegangen und noch mit positiven Effekten aus der STAF, ausgelaufene Steuererleichterung und Abschaffung Statusgesellschaften gerechnet.
- Der Finanzierungsfehlbetrag in der Gesamtrechnung von 22.92 Mio. Franken ist ebenfalls sehr happig.

2. Investitionen

Die Kommission unterstützt das klassisch antizyklische Verhalten des Stadtrats.

3. Städtische Leistungen

Auch hier ist die Kommission der gleichen Meinung wie der Stadtrat. Die Leistungen sollen tendenziell jetzt noch nicht abgebaut werden. Dies bedeutet aber nicht, dass man nicht im Detail prüft, ob es Positionen gibt, die überflüssig sind oder die man aus bestimmten Gründen nicht

mehr will. Die Stadtverwaltung ist im Vergleich mit anderen Städten grundsätzlich nicht überdimensioniert, aber wird ständig erhöht.

4. Steuerfuss

Ich erinnere an die vom Stadtrat definierten Schwellenwerte, um über eine Steuererhöhung ernsthaft nachzudenken. Minus 2 Mio. Franken Defizit, Nettoschuld von maximal 25 Mio. Franken oder 1'000 Franken pro Einwohner. Die Schwelle ist beim Defizit klar überschritten, bei der Nettoschuld eingehalten. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich drei Mal hintereinander zu den Schwellenwerten des Stadtrats bekannt. Sie hat den Stadtrat auch darin unterstützt, dass der sehr hohe Bilanzüberschuss von über 70 Mio. Franken bis auf 40 Mio. Franken abgebaut werden kann. Der Bilanzüberschuss ist Eigenkapital und kann begriffsnotwendig nur mit Defiziten reduziert werden. Das heisst natürlich nicht, dass deshalb Defizite anzustreben sind. Aber es bedeutet, dass Defizite in Kauf genommen werden können, um Steuererhöhungen zu vermeiden. Zudem: Der Bilanzüberschuss ist nur ein Teil des Eigenkapitals. Das Eigenkapital beläuft sich gesamthaft sogar auf über 130 Mio. Franken, eine Gesamtberechnung dieser Zahlen, insbesondere mit Blick auf die sehr hohen Reserven erfordert keine Steuererhöhung. Dazu kommt die schwierige wirtschaftliche Situation wegen Corona. Diese sollte nicht durch höhere Steuern zusätzlich belastet werden. Die Kommission ist zusammenfassend der Meinung, dass der Steuerfuss trotz der Defizite in Erfolgs- und Gesamtrechnung nicht angetastet werden soll. Also auch hier Unterstützung des Stadtrats. Die Reduktion von Nettovermögen um 23.668 Mio. Franken und Eigenkapital um 139.438 Mio. Franken ist verkräftbar. Das Nettovermögen wird sich im Jahr 2023 bereits in eine Nettoschuld von 2.938 Mio. Franken verändern. Dies stellt für die kommenden Jahre aber eine grosse Herausforderung dar. Die Frage ist letztendlich: Welche Aufgaben muss und will die Stadt erfüllen? Was für eine Infrastruktur wollen wir und wie finanzieren wir das? Wir wollen keine vergoldete, aber eine der Hauptstadt angemessene Infrastruktur, die der Bevölkerung dient. Das erfordert zumindest kurzfristig das Anzapfen von Reserven, wenn wir den Steuerfuss stabil halten wollen. Das ist die Realität wie vom Stadtrat im Finanzplan dargelegt und offengelegt. Betreffend Steuerfuss finden wir im Finanzplan ab 2024 eine Steuererhöhung von 5 %. In der Abstimmungsbotschaft vom 29. November 2020 Neubau Hallenbad wird eine Steuererhöhung von 2-3 % nicht ausgeschlossen. Der Stadtrat muss dann schon noch eine klare und nachvollziehbare Erklärung für diese Steuererhöhung liefern und der Vergleich – siehe Botschaft S. 29 – mit der Stadt Kreuzlingen genügt nicht. Die Aussagekraft des Finanzplans ist allerdings beschränkt. Finanzchef und Stadtrat versuchen, mit verhältnismässigem Aufwand grob aufzuzeigen, wohin die Reise geht. Im Übrigen verweise ich auf die einschlägigen Ausführungen des Stadtrats in der Botschaft S. 27 sowie die Grundannahmen und die berücksichtigten Parameter auf S. 1 des Finanzplans im Register 4.

5. Personal Stadt

Es sind netto plus 5 Stellenprozent (Botschaft S. 32 ff.) beantragt. Dies belastet die Personalkosten mit 430'000 Franken jährlich. Von 2015 bis 2022 wurden 28.3 Stellen zusätzlich geschaffen. Somit ist die Personalaufstockung sicher abgeschlossen und zukünftig zusätzliche Stellen müssen sehr genau und plausibel begründet werden. Es wurde ein neues Instrument geschaffen, das die Personalfriedenheit genauer zu erfassen erlaubt und garantieren soll.

6. Kontrollbericht Kulturamt über die Leistungsvereinbarungen

Wir danken dem Amtsleiter Kulturamt für den Kontrollbericht Leistungsvereinbarungen und haben etwas Verständnis, dass in der Coronazeit die Beiträge während zwei Jahren weiterhin ausbezahlt wurden. In Zukunft bildet der Controlling-Bericht jedoch die Grundlage für die Beurteilung der budgetierten Beiträge und bei den Leistungen, die nur teilweise oder nicht erbracht wurden, sind entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Zudem gehört zu einem guten Controlling auch die Beurteilung, ob die wiederkehrenden Beiträge im Einzelfall noch zeitgemäss und notwendig sind.

7. Zu den Anträgen:

Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat von den Finanzplänen der Stadtverwaltung, von Thurplus und des AZP Kenntnis genommen. Sie hat dem Antrag 1 betreffend Besoldung einstimmig zugestimmt. Dem Antrag 2, Steuerfuss bleibt bei 60 %, einstimmig zugestimmt, dem Antrag 3 betreffend das Budget der Stadtverwaltung beschränkt auf das Departement für Finanzen und Zentrales mit 4 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich spreche zum Eintreten auf das Budget 2022 und möchte bei dieser Gelegenheit einige allgemeine Bemerkungen zum Budget abgeben. Vielen Dank, geschätzter Stadtrat, vielen Dank, liebe Mitarbeiter/innen der Stadt für das vorliegende Werk. Mit dem Budget werden Sie jeweils «gezwungen», sich verbindliche Gedanken über Ihre Tätigkeit im kommenden Jahr zu machen. Sie planen trotz bekannter Unsicherheiten, die Stadt auf gewohnten Pfaden weiterzupflegen und weiterzuentwickeln. Dafür sprechen wir Ihnen, einige kleinere Korrekturen vorbehalten, unser ernstgemeintes Vertrauen aus. Es scheint uns richtig, dieser Tage den Kopf nicht zu verlieren und der städtischen Infrastruktur und unseren Dienstleistungen weiterhin gut Sorge zu tragen. Im Wissen darum, dass diese Dienste und Strukturen für den Alltag von ganz vielen von uns von entscheidender Bedeutung sind. Gleichwohl, dies als Klammerbemerkung, dürfen wir die Augen nicht davor verschliessen, dass sich die Welt mit der aktuellen Pandemie auch verändert. Wie genau wissen wir noch nicht. Wir müssen uns als Politiker/innen aber bereithalten, rechtzeitig darauf zu reagieren und unsere Planungen, wenn nötig auch entsprechend anzupassen.

Zum Erhalt der städtischen Strukturen gehört genügend Personal. Hier möchte, das haben wir ja gehört, der Stadtrat ausbauen. Die einzelnen neuen Stellen sind grundsätzlich gut begründet. Aus der Sicht unserer Fraktion heisst ein Mehr an Stellen aber nicht automatisch ein Mehr an Servicequalität. In diesem Sinn bitten wir die Verantwortlichen, nicht nur auf den Input der Menge Arbeit zu achten – es kann Sinn machen, diesen Input zu erhöhen, das machen wir jetzt –, sondern vor allem auch immer wieder darauf zu achten, dass der Output, also die Arbeit selbst den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt entspricht.

Ein konkretes, altbekanntes Thema, auch dazu hat uns der Kommissionssprecher schon informiert, liegt in der Finanzierung der Investitionen der Stadt. Hier sind die Aussichten für den Selbstfinanzierungsanteil trotz der nun schon einige Jahre laufenden HRM2-Abschreibungen immer noch zu klein. Wir sind gespannt oder fast mehr als gespannt, wir erwarten das auch, etwas zu hören, welche Massnahmen der Stadtrat hier in den kommenden Jahren vorschlägt. Steuerfusserhöhungen sind unschön, das gilt auch für uns. Sie sind als Mittel zum Zweck des Erhalts guter Basisinfrastrukturen und Basisdienstleistungen wie bereits erwähnt aber auch nicht undenkbar. Für das laufende Jahr stützen wir die Argumentation des Stadtrats und werden dem Antrag auf gleichbleibenden Steuerfuss folgen. Wir können dies unter anderem auch deshalb mit einem guten Gefühl tun, weil der Stadtrat mit den Budgetunterlagen keine Schönfärberei betreibt und Klartext spricht. So können wir sehenden Auges entscheiden. Ich erinnere mich an meine Anfangsjahre hier, diese Transparenz ist nicht selbstverständlich. Auch dafür herzlichen Dank.

In der materiellen Beratung werden wir einige Bemerkungen machen und Anträge stellen. Es geht uns dabei darum, die vorliegende gute Planung in einzelnen Konten zu akzentuieren und auch zu zeigen, wo wir noch Schwerpunkte oder Handlungsbedarf sehen würden. Einen Teil der Anträge habt ihr in den letzten Tagen bereits erhalten.

Wie immer finden sich in den Details – und das macht es auch spannend, das Budget zu lesen – good news. Hier wäre ein Stichwort das Parkplatzreglement, das hoffentlich bald kommt. Manchmal natürlich auch bad news, da wäre, wenn wir beim Thema Parkplätze bleiben, das Abwarten beim Parkleitsystem. Dazu wollen wir auch eine Korrektur anbringen. Die Details sind das eine und die wollen wir in Ehren halten. Wir freuen uns auf die Beratung. Das grosse Ganze ist das andere und vielleicht oder wahrscheinlich das wichtigere. Und damit zurück zum Anfang

und zum Dank und dem Vertrauen, das wir dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt aussprechen.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Vorweg möchten wir dem Finanzamtteam und allen Beteiligten unseren Dank für die sehr umfangreichen Unterlagen und die damit verbundene Arbeit aussprechen. Vielen Dank.

Ja ist denn heute schon Weihnachten? Natürlich nicht. Und sicher nicht, wenn wir uns das Ergebnis des Budgets 2022 anschauen.

Zum Budget Stadtverwaltung: Ich fokussiere auf die Ausgabenseite. Wenn wir diese in einem Kuchendiagramm darstellen, stellen wir fest, dass gerade mal zwei Positionen den Löwenanteil ausmachen. Es sind dies der steigende Personalaufwand und die Abschreibungen.

Zum steigenden Personalaufwand: 2015 beschäftigte die Stadt gemäss Geschäftsbericht 362 Mitarbeitende. Fünf Jahre später waren es 443. Das ist eine Zunahme von 22 % in fünf Jahren. In absoluten Zahlen stieg der Personalaufwand innert sechs Jahren von 20.5 Mio. Franken auf 23.6 Mio. Franken. Ein Anstieg also von rund 15 %. Und fürs 2022 plant der Stadtrat gar 24.9 Mio. Franken. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung von Frauenfeld aber nur um 4 %. Das lässt aufhorchen und ermahnt uns nicht nur zur Vorsicht, sondern zum Handeln. Die Verwaltung finanziert sich durch Steuergelder, entsprechend hat der Steuerzahler ein Anrecht auf Transparenz, damit er sieht, wie und wo die Mittel eingesetzt werden. Die Fraktion FDP möchte vom Stadtrat gern wissen, ob es mehr Stellen braucht, weil die Stadt neue Aufgaben übernommen hat, welche Probleme damit angegangen werden sollen und welche Ziele erreicht werden sollen. Braucht es in diesen Bereichen überhaupt staatliches Handeln? Können die eingesetzten Stellen effizient arbeiten oder braucht es eine Überprüfung oder gar Reorganisation von Strukturen und Prozessen? Warum wird die Arbeitslast grösser? Nimmt die Regulierungsdichte zu? Im Sinn der Transparenz bitten wir den Stadtrat, die Zunahme der Zahl der Beschäftigten weiterhin auf Departemente und auch nach Funktion zu unterteilen und eine kritische Leistungsüberprüfung vorzunehmen. Wir werden diese Fragen mit Vorstössen im neuen Jahr konkretisieren.

Lassen Sie mich bildlich sprechen. In Weiss: Ein steigender, gelb bewehrter roter Löwe. Von roter, gelb gezierter Frau an gelber Kette gehalten. Ja, das ist das Wappen unserer Stadt. Wenn wir die Frau als Volk dieser Stadt verstehen und den Löwen als Stadtverwaltung, dann haben es alle hier Anwesenden in der Hand, ob die Frau mit dem Löwen spazieren geht oder ob der Löwe mit der Frau spazieren geht. Lassen Sie uns betreffend Staatsquote unsere Verantwortung gemeinsam und konstruktiv wahrnehmen, damit auch unsere Kinder dereinst gern stolz in dieser Stadt leben.

Zu den steigenden Investitionen: Mit dem Baustart beim Hallenbad wird eine grosse Investition getätigt. Die Abschreibungslast beginnt zu steigen. Das haben alle Stimmbürger gewusst. Dass es diesbezüglich zu einer Steuererhöhung nach dem Bau kommen kann, ist absehbar. Es stehen weitere Investitionen andernorts an. Die Fraktion FDP mahnt an, die Rentabilitätsprüfung im Auge zu behalten.

Zum Budget von Thurplus: Hier sieht es etwa gleich aus wie im Vorjahr. Höhere Kosten sind wieder weiterverrechenbar. Somit kann das Ergebnis auf dem Niveau von 2021 anknüpfen und liegt bei erfreulichen 5.8 Mio. Franken. Nur dank Thurplus ist das Gesamtergebnis noch im Plus. Allerdings ist auch hier mit hohen Investitionen in den kommenden Jahren zu rechnen.

Zum Budget des AZP: Für das Jahr 2022 wird wieder ein Gewinn budgetiert. Wir hoffen, dass das so eintrifft. In der jetzigen Situation ist das eben nicht wirklich sauber prognostizierbar. Etwas weniger Belegung und der Gewinn ist rasant weg. Mit den Anpassungen der Pensionspreise wurde aber bereits eine erste Massnahme gegen höhere Verluste getroffen.

Zu den drohenden Steuererhöhungen: Rund 5 % angedachte Steuererhöhung wird die Fraktion FDP so nicht unterstützen können. Dazu fehlen uns zum jetzigen Zeitpunkt klar ersichtliche Einsparbemühungen und Rahmenbedingungen beim Personal sowie eine Prüfung und Aufstellung von verzichtbaren Verwaltungstätigkeiten. Wir sehen und schätzen die Aufgaben, welche durch die Stadtverwaltung in hoher Qualität täglich erfüllt werden. Wir sehen auch durchaus, dass das Optimierungspotenzial irgendeinmal erschöpft ist und die Zitrone ausgedrückt ist. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, um auf Angenehmes gänzlich zu verzichten. Viele Aufgaben sind durch eigenes oder übergeordnetes Recht gegeben und müssen erfüllt sein. Aber über die Jahre haben wir uns auch an Dienstleistungen gewöhnt, die einfach gemacht werden und wir in der Umsetzung oder Durchführung eigentlich frei wären oder frei sein sollten. Mit einer solchen Auslegung hätte der Gemeinderat die Möglichkeit zu entscheiden, was wir uns leisten wollen und was uns künftig zu teuer ist. Budget ist aber nicht gleich Rechnung und die Ämter müssen ab dem 1. Januar handlungsfähig sein. Deshalb unterstützt die Fraktion FDP alle Anträge des Stadtrats bezüglich des Budgets.

Gemeinderat Hanspeter Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Da in den Budgetsitzungen 2019 und 2020 die Fraktionsmeinungen grossmehrheitlich jeweils im Rahmen des Eintretens präsentiert wurden, werde ich mich dieser Übung anschliessen und die Gedanken unserer Fraktion ebenfalls bereits an dieser Stelle bekanntgeben.

Vorab danke ich im Namen unserer Fraktion aber dem Finanzchef und allen weiteren städtischen Mitarbeitenden, die bei der Erstellung der Budgetdokumentation mitgewirkt haben, ganz herzlich für die geleistete Arbeit. Die zusammenfassenden Ausführungen in der Botschaft und die textlichen Erläuterungen auf den einzelnen Rechnungsblättern tragen wesentlich zum besseren Verständnis bei und bilden damit auch den weniger zahlenaffinen Mitgliedern des Gemeinderats die Möglichkeit, die komplexe und füllige Materie annäherungsweise zu begreifen.

In materieller Hinsicht gaben sowohl das Budget von Thurplus als auch jenes des Alterszentrums Park in unserer Fraktion keinen Anlass zu tiefgreifenden Diskussionen und waren unbestritten. In beiden Bereichen schlagen die Marktsituation sowie die pandemiebedingten Einschnitte mehr als andernorts unmittelbar auf die rechnerischen Grössen durch, weshalb sich Prognosen erfahrungsgemäss als schwierig erweisen. Unseres Erachtens wurde diesen Unwägbarkeiten im Voranschlag mit der gebührenden Vorsicht Rechnung getragen, sodass die dargestellten Ergebnisse als zufriedenstellend angesehen werden können. Ebenfalls unbestritten war in unserer Fraktion die Bewilligung der Lohnsummenprozente für individuelle Besoldungsanpassungen und Leistungsprämien. Zahlreiche Mitarbeiter der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe waren in den letzten zwei Jahren mit besonderen Herausforderungen bei der Aufgabenerfüllung konfrontiert, was nicht nur mit Worten wertzuschätzen ist, sondern sich bei erbrachter Leistung durchaus positiv im Portemonnaie bemerkbar machen darf. Schliesslich liegt es in unserem Interesse, dass die Stadt Frauenfeld über zufriedene, motivierte und leistungswillige Mitarbeiter verfügt. Dadurch wird zum einen den Fluktuationstendenzen entgegengewirkt, zum anderen lassen sich auch zeitweilige Mehraufgaben leichter auf die bestehenden Kräfte verteilen, ohne dass gleich an Stellenaufstockung gedacht werden muss.

Etwas mehr zu reden gab in unseren Reihen jedoch die städtische Erfolgsrechnung. Das budgetierte Defizit von 3.91 Mio. Franken bzw. 3.7 Mio. Franken in angepasster Version kommt aufgrund des letztjährigen Finanzplans nicht ganz überraschend. Auch ist ein solches Defizit angesichts des Bilanzüberschusses und generell des Eigenkapitals durchaus verkraftbar, wie der Präsident der GPK Finanzen und Administration bereits anlässlich der letztjährigen Budgetdebatte vorrechnete. Dennoch ist und bleibt ein budgetiertes Minus in dieser Grössenordnung für unsere Fraktion sehr unbefriedigend. Hinzu kommt der Finanzierungsfehlbetrag, der mit nahezu 23 Mio. Franken fast doppelt so hoch ist wie im letzten Budget. Dem können wir so nicht zustimmen. Mögen die einzelnen Kostentreiber gerade im Kontext der Umsetzung der Liegenschaftsstrategie und der offensichtlichen Unterhaltsversäumnisse in früheren Jahren grundsätzlich nachvollziehbar sein, so moniert die Mehrheit unserer Fraktion denn hauptsächlich, dass aus

dem vorgelegten Budget und dem Finanzplan einmal mehr kein ernsthafter Sparwille des Stadtrats zu erkennen ist. Ist die Erweiterung der Pumptrack-Anlage angesichts der präsentierten Budgetzahlen und des erwarteten Rechnungsergebnisses 2021 opportun? Ist ohne das Verbessern der Audioqualität im Sitzungszimmer Galerie die konkrete Aufgabenerfüllung tatsächlich gefährdet? Die Antwort lautet bei beiden Fällen klarerweise Nein. Und so gibt es im Budget zahlreiche weitere Positionen, bei denen die Antwort auf die entsprechende Fragestellung gleich lauten muss. Nach entsprechender Diskussion haben wir uns in diesem Jahr trotzdem darauf geeinigt, auf Streichungsanträge in der anschliessenden Detaildebatte zu verzichten. Das schliesst freilich nicht aus, dass einzelne Fraktionsmitglieder allfällige Streichungsanträge aus anderen Fraktionen möglicherweise unterstützen werden. Unser Verzicht liegt insbesondere darin begründet, dass wir im Gegensatz keinen Vorschub für einen Sparflickenteppich leisten wollen, nur um im nächsten Jahr wieder mit der exakt gleichen Ausgangsposition konfrontiert zu sein. Das Stichwort hier ist der Bühnenvorhang in der Festhalle.

Der Fraktion SVP/EDU geht es um eine koordinierte, nachhaltig geprägte Gesamtschau, die in der Verantwortung des Stadtrats liegt. Damit sollen noch einmal mit aller Deutlichkeit die Erwartungen an den Stadtrat zum Ausdruck gebracht werden, dass er dem Gemeinderat endlich aufzeigt, in welchen Bereichen inskünftig Einsparungen vorgesehen sind und auf die Erfüllung welcher Aufgaben er erforderlichenfalls zu verzichten bereit ist, um die Stadtrechnung wieder ins Lot zu bringen und inskünftig ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können.

Selbstverständlich hätten wir auch keine Einwände, wenn die Ausgeglichenheit der Rechnung durch Steigerungen auf der Ertragsseite erfolgt, beispielsweise durch die schon in der letztjährigen Budgetdebatte angesprochene Abschöpfung der Planungsmehrwerte. Kurz- und mittelfristig ausgedrückt: Nicht goutiert wird von unserer Fraktion jedoch eine Steuerfusserhöhung, sicher soweit sie über die der dem Stimmvolk in der Botschaft Neubau Hallenbad in Aussicht gestellte Erhöhung von 2-3 % hinausgeht. Zumal wenn sie losgelöst von einem konkreten Projekt einzig dazu dienen soll, den fehlenden Sparwillen des Stadtrats zu kompensieren und auf diese Weise die Rechnung zu beschönigen. In jedem Fall behalten wir uns vor, die Ausgabenpolitik der Exekutive im nächsten Jahr weiterhin kritisch zu begleiten und mit Blick auf das Notwendige und Sinnvolle zu hinterfragen. So unter anderem bei den ausserhalb des Gesamtkonzepts Sport- und Freizeitanlagen und des Sanierungskonzepts Kleine Allmend beabsichtigten Sanierungen der Rundbahn und des Kunstrasens. Aber auch wenn es darum gehen sollte, das Personal weiter aufzustocken und insbesondere allfällig befristete Stellen wie zum Beispiel jetzt im Zusammenhang mit dem Ende 2022 auslaufenden NRB-Projekt Attraktivierung Innenstadt in Festanstellungen umzuwandeln.

Zusammenfassend wird die Fraktion SVP/EDU die Anträge gemäss Ziffer 1, 2, 4 und 5 einstimmig gutheissen, den Antrag gemäss Ziffer 6 einstimmig zur Kenntnis nehmen und den Antrag gemäss Ziffer 3 bei mehrheitlicher Enthaltung ablehnen.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Wir danken allen in den Budgetprozess Involvierten herzlich für die grosse Arbeit, die sie geleistet haben. Insbesondere dem Finanzchef Reto Angehrn. Unseres Erachtens kann diesem Budget zugestimmt werden. Dem Antrag von Roland Wetli werden wir zustimmen. Erlauben Sie uns aber noch einige kritische Bemerkungen:

Für uns Milizparlamentarier ist das Budget immer ein grosser zeitlicher Brocken. Kürzlich hat die Einführung von HRM2 die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren praktisch verunmöglicht. Nun sind es immer wieder Reorganisationen, die das Gleiche verursachen. Da stossen wir dann schon an Grenzen, vor allem wenn die Zahlen zusammengezogen, aber nicht explizit einzeln genannt werden. Und echt unerklärbar wird es dann, wenn beispielsweise eine Reduktion um 105'000 Franken im Budget mit einer Kostenverlagerung um 145'000 Franken erklärt wird. Nach Adam Riese bedeutet dies doch faktisch eigentlich auch noch eine unerklärte Ausgabenerhöhung um 40'000 Franken.

Natürlich ist es in der Kompetenz des Stadtrats und vielleicht – ich sage wirklich vielleicht – ist es sogar sinnvoll, wenn der Stadtrat die Verwaltung laufend nach Effizienzansprüchen reorganisiert, für uns wird es damit halt leider unübersichtlich. Uns bleibt nur zu hoffen, dass die einzelnen Stadträte damit die Übersicht nicht selber verlieren. Oder haben sie diese Übersicht bereits verloren? Zudem stellt sich schon auch die Frage nach dem Nutzen, wenn sehr grosse Bereiche plötzlich nur noch Abteilungen sind. Wenn da nicht unnötig Reibungsverluste produziert werden, dann sehen wir das wahrscheinlich etwas falsch. Und auch diese brauchen enorme personelle Ressourcen in der Führung. Haben die Mitglieder unseres Stadtrats diese Ressourcen wirklich?

Die Zahlen im Budget sind halt einfach gross, wie zum Beispiel auch der Rasentraktor für 80'000 Franken vermutlich sein muss. Den muss man dann halt mal anschauen. Gross war auch in diesem Jahr der Sonderaufwand der Mitarbeitenden im AZP. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle auch nochmals ganz herzlich bedanken. Wir unterstützen den Stadtrat, wenn er zur Personalrekrutierung vermehrt auf Online-Jobportale setzt. Entscheidend ist aber auch dann die Phase der Selektion, und hier hoffen wir auf gute persönliche Kontakte.

Mit einer Steuererhöhung werden wir uns übrigens nicht so schnell anfreunden, aber auch nicht mit unerträglichem Spardruck. Es soll gespart und nur das ausgegeben werden, was nötig ist. Aber Nötiges werden wir uns leisten. Natürlich müssen wir uns nicht mit den Verrücktesten messen, zum Beispiel mit einer mittelgrossen Gemeinde mit einer Prokopfverschuldung von 2'000 Franken. Ja, die sehen das richtig – normalerweise spricht man ja eben von Verschuldung – und die trotzdem am aktuellen Steuerfuss von 55 % festhalten, also 5% tiefer als der unsrige ist. Wir haben ein Nettovermögen und nicht eine Schuld von 2'300 Franken pro Einwohner. Wieder nach Adam Riese wären dies mehr als 100 Mio. Franken Defizit, bis wir auf dem gleich tiefen Niveau wären. Auch wenn wir nicht dorthin wollen, verstehen Sie, dass wir durch Defizite im aktuellen Rahmen nicht nervös werden und Steuererhöhungen im Finanzplan einfach ausblenden. Vermutlich sagen Sie jetzt, wir dürfen doch nicht zu Lasten der Jungen die Schulden einfach erhöhen und hinterlassen. Dazu sagen wir Ihnen aber, die Generation, die das Nettovermögen angespart hat, soll auch den teilweisen Abbau noch erleben dürfen, bevor sie stirbt. Da werden wir uns unseres Erachtens vom Kanton nicht dreinreden lassen, nur weil er es allenfalls nicht schafft, die Spielregeln rechtzeitig vernünftig zu definieren.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Nicht gleich, aber ähnlich. So präsentiert sich das diesjährige Budget der Stadt. Viele Punkte, die wir letztes Jahr bemängelt haben, sind noch immer offen. Aber man soll ja mit etwas Positivem beginnen. Das mache ich gern, denn diese Punkte gibt es auch.

Wir haben uns zum Beispiel gefreut, dass die Lohnzahlungskaschieraktion im Baudepartement wieder rückgängig gemacht wurde. Im Budget wurde vieles zusammengestrichen, es gibt oder gab aber aus unserer Sicht keine Radikalmassnahmen wie die letzten beiden Jahre. Es wurde einfach gleichmässig an der Zitrone gequetscht. Mal schauen, wie lange diese Zitrone noch ihren sauren Saft hergibt. Sauer ist für uns der Saft noch immer bei folgenden Themen, die ich und auch andere letztes Jahr und zum Teil schon etliche Male davor angesprochen haben. So das Parkleitsystem, das Sportanlagenkonzept, Parkplatzreglement, Planung Rüeggerholz und die schnelle Vermögensauflösung. Entsprechend kommen zu einigen Themen noch Details. Wir können nun nicht mehr einfach nur abwarten und Tee trinken. Wir möchten, wie etliche Vorredner das auch gewünscht haben, vom Stadtrat frühzeitig wissen, welche Massnahmen geplant sind, um die Rechnung auszugleichen. Das Wissen um die steigenden Investitionen ist schon lange da. Entsprechend steigen die Abschreibungen. Nur mit der angedachten Steuererhöhung wird es nicht reichen, zumal diese ja sowieso nur eine Fehlerkorrektur ist. Das hat der damals scheidende Stadtpräsident der FDP so zugegeben. Und zusammen mit der klar angesagten 2-3%igen Erhöhung aufgrund des Badineubaus ergibt das in meiner Rechnung die angesagten

5 %. Ich kann meinen Vorrednern also nicht Recht geben, aber darüber werden wir auch noch diskutieren.

Bei den Asylsuchenden ergibt sich wiederum ein Plus. Denken wir dran, die Stadt muss ausgelagerte Aufgaben der Peregrina-Stiftung zurücknehmen. Diese Menschen brauchen eine gute Integration und sollen nicht zur Geldumlagerung vom Kanton dienen. Wir befürworten auch ausdrücklich das Controlling der freiwilligen Finanzverwaltungen. Die Leute müssen möglichst gut unterstützt und entlastet werden. Ein feinmaschiges Netz mit niederschweligen Angeboten hilft vor Abstürzen, die grösseren Schaden verursachen.

Thurplus hat wiederum hohe Beiträge für PV-Anlagen im Budget. Wir freuen uns, diese endlich auch in der Rechnung zu sehen. Vielleicht gibt es hier bald Neuigkeiten zu berichten. Die Investitionen in die Fernwärme und die restlichen erneuerbaren Energien sind ebenfalls löblich. Uns ist in den Bemerkungen aufgefallen, dass im letzten Jahr bei der kalten Fernwärme noch eine Querverrechnung drin war. Das darf nicht sein. Egal welches Geschäftsfeld, Überschüsse und Fehlbeträge müssen transparent dargestellt werden.

Das AZP befindet sich weiterhin in einem schwierigen Umfeld. Wir drücken die Daumen, dass die angestrebte Auslastung erreicht werden kann, damit wieder Geld für die nötigen Erneuerungen bereitsteht.

Somit danke ich ein weiteres Mal für die Arbeit zur Budgeterstellung sowie die unter dem Jahr geleistete Arbeit.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die teilweise, aber mehrheitlich positive Würdigung des stadträtlichen Vorgehens in Sachen Budget 2022. Sie haben einige Fragen grundsätzlicher Natur gestellt bezüglich Investitionen, wie wir diese zu finanzieren gedenken, bezüglich der Steuern, weshalb diese Steuerfusserhöhung ins Auge gefasst werden muss und bezüglich Personalaufstockung. Ich werde zu diesen Themen gern einige Auskünfte geben. Entschuldigen Sie mich, wenn diese ein bisschen länger werden, aber ich denke, es ist nötig auszuholen, denn ich muss in die Geschichte zurückgehen, damit auch jene unter Ihnen, die noch nicht so lange dabei sind, also ehrlich gesagt auch länger als ich im Stadtrat, die Hintergründe kennen.

1999 hatten wir 83 Steuerprozent, also mit so einem Steuerfuss würden wir im vielen Geld baden gehen. Trotz massiver Steuerfussenkungen in den 2000er-Jahren auf 66 % im Jahr 2010 konnten wir auch überdurchschnittlich hohe Abschreibungen vornehmen. So wurde der Gewinn oft für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Zu Beginn der 2010er-Jahre war dies nicht mehr möglich. Selbst die gesetzlichen Abschreibungen konnte die Stadt nicht mehr vornehmen, ohne entsprechende Verluste zu schreiben. In diesen Jahren wurden die Überabschreibungen aus den 2000er-Jahren durch tiefere aktuelle Abschreibungen teils wieder kompensiert. Erst seit dem Wechsel auf das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 im Jahr 2015 hielt die Stadt die gesetzlichen Abschreibungsquoten wieder ein. Dies aber auch nur mit Berufung auf eine Ausnahmeregelung. Anstatt die Restbuchwerte über zehn Jahre abzuschreiben, wurden den Anlagen Restnutzungsdauern hinterlegt und auf dieser Basis dann die Abschreibungen vorgenommen. Dadurch konnten die Abschreibungen in der Summe in der Höhe der Rechnung 2014 gehalten werden, nämlich rund 2 Mio. Franken damals. Die Stadtrechnung schloss in der Folge meist positiv ab, obwohl wir oft negativ budgetiert hatten. Die Steuerfussanpassung, wie diese ohne die Berufung auf die Ausnahmeregelung notwendig gewesen wäre, war also nicht notwendig. Und Sie haben ja einen Steuerfussanpassungsantrag des Stadtrats vor wenigen Jahren auch abgelehnt.

Die Entwicklung bei den Investitionen ist erwartungsgemäss. Viele Anlagen wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren erstellt und sind trotz laufenden Unterhalts in die Jahre gekommen. Jetzt müssen wir dahintergehen und das erfordert grössere Investitionen. Ausserdem hat sich die

Stadt generell entwickelt und die neuen Herausforderungen erfordern den entsprechenden Mitteleinsatz, und zwar nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei den Personalressourcen. Das seit 2015 bestehende Rechnungslegungsmodell hat gegenüber der alten Methode wesentliche Unterschiede. Mit der degressiven Abschreibungsmethode fand bis 2014 zu Beginn der Nutzung neuer Anlagen eine hohe Abschreibung statt, die aber auch für die Entschuldung hilfreich war. Ein hoher Steuerfuss war dann das Ergebnis. Mit dem heutigen Modell werden die Investitionen linear über einen teils sehr langen, also bis zu 50 Jahre langen Zeitraum, amortisiert. Die Entschuldung des Haushalts ist auch nur über diesen langen Zeitraum möglich, solange keine zusätzlichen Abschreibungen vorgenommen werden. Damit verändert sich der Haushalt in der Übergangsphase und diese Übergangsphase ist jahrzehntelang stetig.

Wohin gehen wir? Viele Investitionen haben eine lange Nutzungsdauer. Dadurch verändern sich die Abschreibungen mit Nutzungsbeginn schwächer als in der Vergangenheit. Die Abschreibungen reduzieren sich während der gesamten Nutzungsdauer in der Regel aber nicht. Die Abschreibungen werden sich in den nächsten Jahrzehnten allein durch die Reinvestitionen in die bestehenden Anlagen stetig erhöhen. Wir kommen dann mit der Zeit auf ca. 10 Mio. Franken Abschreibungsbedarf pro Jahr. Neue Investitionen und die angepassten Bedürfnisse an die bestehenden Anlagen werden diese Abschreibungen zudem noch erhöhen. Ideal wäre, wenn der Anstieg der Abschreibungen mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Steuern einherginge. Das ist unser Wunsch und deshalb auch unsere Zurückhaltung als Stadtrat, hier einfach vorschnell zu handeln. Die Entwicklung der Steuererträge muss aber auch andere Mehraufwendungen decken, zum Beispiel im Personalbereich.

Die verschiedenen Anspruchsgruppen führen zu Zielkonflikten. Die Infrastruktur soll nicht vernachlässigt werden, dies führt zu entsprechend hohen jährlichen Investitionen, aber auch die vielseitigen Leistungen der Stadt und die Förderung des Zusammenlebens sollen weiterhin erbracht und unterstützt werden. Um auf die Frage von Gemeinderat Sandro Erné zu antworten: Natürlich, es sind nicht nur die Investitionen, die dazu führen, dass wir mehr Geld brauchen, sondern es sind eben auch Ansprüche und notwendige Leistungen, die wir erbringen müssen und die zunehmen. Die gesellschaftlichen Strukturen werden immer ausdifferenzierter und die gesetzlichen Aufgaben nehmen zu und werden komplexer, jüngstes Beispiel dürfte dann das Informationsreglement sein. Die Ansprüche an die Art und die Qualität der Dienstleistungen steigen. Und all dies führt zu Mehraufwänden und zu Mehrkosten. Die Stadt Frauenfeld hat in diesem gesamten Umfeld, mindestens was finanzielle Sicherheit anbelangt, eine sehr gute Ausgangslage. Die Finanzanlagen können einen wesentlichen Beitrag an den steuerfinanzierten Haushalt leisten. Um die Verschuldung in akzeptablem Mass zu halten, muss künftig aber auch über die Veräusserung solcher Anlagen diskutiert werden. Oder es muss die Bereitschaft vorhanden sein, grössere Verschuldungen und entsprechende Zinslasten auf sich zu nehmen. Dies jedoch mit dem Wissen, dass die Finanzanlagen künftig helfen könnten, diese Schulden über die Zeit wieder abbauen zu können und so gestärkt in die nächste Investitionsphase zu starten.

Für den Stadtrat gilt also weiterhin, darauf zu achten, wofür der Steuerfranken eingesetzt wird und ob dieser die grösstmögliche Wirkung erzielt. Dabei sollen die Leistungen der Stadt als auch die Infrastruktur in zweckmässiger Qualität erbracht und gehalten werden. An dieser Stelle möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie mehrfach gesagt haben, wir hätten keinen Sparwillen gezeigt. Hätten wir Ihnen das Budget, das wir zunächst hatten, vorgelegt, das knapp 6 Mio. Franken Defizit vorgesehen hätte, dann hätte ich diesen Vorwurf unbestritten stehen lassen müssen. Wir haben Ihnen ein Budget vorgelegt, das wir bereits selber um 2 Mio. Franken gekürzt haben. Wir haben also sehr wohl Einsparungen am laufenden Budget gemacht.

Aufgrund der aktuellen Ausgangslage stehen dem Stadtrat folgende Möglichkeiten offen:

1. Wir können zur Beschaffung der für die Investitionen erforderlichen Liquidität Finanzanlagen veräussern. Das wäre eine Möglichkeit. Diese Massnahme reduziert die Nettoschulden nicht, sie führt lediglich zu weniger Kapitalbeschaffung bei Dritten. Diese Massnahme kann geeig-

- net sein, wenn die Kapitalkosten für eine Neuverschuldung höher sind, als die Anlage an Ertrag für den allgemeinen Haushalt abwirft.
2. Erhöhung von Drittmitteln: Das ist momentan ja bei diesen Zinsen eine interessante Möglichkeit, aber die zunehmende Verschuldung kann auch dazu führen, dass die Stadt dann ein schlechteres Rating erhält und dann höhere Zinsen zahlen muss. Und wehe, wenn dann die Zinsen steigen.
 3. Steuerfussanpassung: Die Anpassung des Steuerfusses erhöht die Selbstfinanzierung, sie kann aber die kurzfristige Neuverschuldung nicht verhindern, sondern lediglich über die Dauer zu einem schnelleren Schuldenabbau beitragen. Ich danke an dieser Stelle Pascal Frey für seine Intervention bezüglich Steuerfuss. Es ist tatsächlich so, die 2-3 %, die wir im Zusammenhang mit dem Hallenbadbau genannt haben, sind der eine Teil. Die 2 %, die man schon 2014 bei der letzten Steuerfussenkung moniert hat seitens Stadtrat, dass man zu viel heruntergeht – einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch aus der SVP-Fraktion, sagten damals dasselbe – sind der andere Teil. Und dann kommt noch hinzu, was wir kürzlich im Kantonsrat beschlossen haben, die Abschaffung der Liegenschaftensteuer von 3 %. Also ich müsste heute eigentlich schon von mehr als 5 % reden. Ich war selber dagegen, Barbara Dätwyler auch, wir haben uns nur beim Kantonssteuerfuss ein bisschen unterschiedlich verhalten. Aber das ist natürlich positiv für den Gesamtsteuerfuss, der daraus resultiert.
 4. Verzicht auf Reinvestitionen: Auch das wäre möglich. Eine kurzfristig effektive Massnahme zur Gesundung des Haushalts, der sich aber dann später als Bumerang erweisen wird. Dann nämlich, wenn die aufgeschobenen Investitionen umso schmerzlicher auf sich aufmerksam machen und umso teurer geleistet werden müssten.
 5. Effizientere Leistungserbringung, die Sie genannt haben: Eine Überprüfung der Leistungen der Stadt und deren Kosten kann sehr wohl zu Kosteneinsparungen führen und dadurch auch zu einer Verbesserung der Selbstfinanzierung, aber ich muss Ihnen sagen, dass wir bereits viele Leistungen aus unserer Sicht in einem hohen Mass optimiert erbringen, mit den knappen dafür notwendigen Ressourcen. Wir dürfen gern mit dem einen oder anderen Mitarbeiter oder Mitarbeiterin darüber reden. Die Schwierigkeiten, die wir bei der Personalfluktuation haben, haben darin auch einen Grund. Die in 2015 beim Kanton angestossene Leistungsüberprüfung (LÜP) hat wohl beim Kanton dann zu einigen Einsparungen geführt bei relativ geringer Investition. Aber wenn man mit Kantonsangestellten über diese LÜP spricht, sind die Meinungen da auch sehr geteilt, was die Wirksamkeit betrifft. Die letztmals diskutierte Anpassung für ein politisches und finanzielles Führungsinstrument, die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, hat der Gemeinderat ja bekanntlich abgelehnt.

Ein letztes Mittel, das ich gar nicht genannt habe, weil es nicht direkt in unserem Einflussbereich liegt, wo aber mindestens jene unter uns, die im Grosse Rat vertreten sind, durchaus eine Möglichkeit hätten, ist die Frage der Zentrumslasten, die die grossen Gemeinden und die Städte zu tragen haben. Wir leisten uns und bezahlen teure Infrastrukturen, gerade im Kultur- und im Sportbereich, die von den umliegenden Gemeinden nicht oder nur sehr wenig mitfinanziert werden und die dann darauf verzichten können, diese Ausgaben nicht haben, und das wird mit dem jetzigen Finanzausgleich in einem nur sehr kleinen Ausmass mit dem kantonalen Finanzausgleich abgegolten. Hier gäbe es durchaus noch Potenzial. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte wissen, dass wir das auch immer wieder monieren.

So habe ich Ihnen eine Auslegeordnung gemacht, mit fünf Massnahmen die wir seitens Stadtrat ergreifen können. Das werden wir auch intensiv diskutieren, aber wir werden wahrscheinlich nicht um eine Kombination dieser verschiedenen Massnahmen herumkommen. Das heisst auch, wir werden wahrscheinlich auch nicht um eine Steuerfussanpassung herumkommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist und wir können in die Detailberatung gehen. Gibt es allgemeine, nicht departementsbezogene Voten von den Fraktionen, sofern sie nicht schon beim Eintreten gehalten wurden? – Wenn ich in den Raum schaue, scheint das nicht der Fall zu sein. Ich schlage vor, dass Sie den Ordner oder das PDF nehmen und den Hinweisen folgen. So kommen wir zügig durch die

Unterlagen. Ich schlage vor, dass wir departementsweise vorgehen und bitte Sie, allfällige Anträge mit dem Hinweis auf Konto und Seitenzahl direkt dort anzubringen. Wir werden das diskutieren und direkt darüber abstimmen.

DETAILBERATUNG

Register 3 und 6: Departement für Finanzen und Zentrales

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): In diesem Departement beantragt der Stadtrat eine Korrektur in der Position 1728.4632.00 um 113'118 Franken auf –137'443 Franken. Diesen Antrag werden wir am Ende der Detailberatung zur Abstimmung bringen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK Finanzen und Administration hat in ihrer Sitzung vom 15. November die Botschaft des Stadtrats zum Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2022 des Departements für Finanzen und Zentrales beraten. Gern informiere ich den Gemeinderat zusammenfassend zu den Beratungen aus der Kommission und beginne mit der Erfolgsrechnung.

1000.3010.00:

Dieser Budgetposten sei aufgrund der damaligen personellen Situation rund um den ehemaligen Stadtschreiber vergessen gegangen, das wurde nun ergänzt.

1000.3130.00:

Hier wurde die Frage zu den neuen Kosten gestellt. Hierzu wurde erläutert, dass die Bewachung der Auszählung durch Sicherheitspersonal im Nachgang der Wahlmanipulationsvorwürfe im Jahr 2020 eingeführt wurde und nun für das Jahr 2022 voll budgetiert sei.

1210.3111.20:

Hier wurde gefragt, worum es konkret bei der Verbesserung der Audioqualität gehe. Geantwortet wurde, der Beamer im Sitzungszimmer Galerie sei zu laut und es müssen Massnahmen zur Verbesserung der Audioaufnahmen getroffen werden. Damit würden dann zusätzliche Sitzungszimmer zur Verfügung stehen.

1230.3113.00:

Hier wurde gefragt, wie hoch der Grundbedarf an IT-Mitteln sei und welcher Bedarf für Ersatzbeschaffungen anfallt. Es wurde erklärt, dass der Bedarf an Hardware infolge von Home-Office zugenommen habe.

1310.3636.01:

Hinsichtlich der Leistungsvereinbarungen wurde angemerkt, dass nicht klar sei, ob die Leistungen aufgrund der Pandemie auch erbracht worden seien. Der Stadtpräsident erklärte, dass keine Beiträge an Vereine für einmalige Anlässe fliessen, die aufgrund der Coronapandemie nicht stattfinden können. Die Beiträge würden nur für jene Vereine weiterhin entrichtet, welche einen laufenden Betrieb hätten und erhalten müssen.

1415.3132.00:

Hier wurde die Frage gestellt, wofür die Beraterhonorare aufgewendet würden, da diese rund 10 % der Gesamtkosten der Wirtschaftsförderung ausmachten. Die Stadt führte aus, dass darin verschiedene Projekte wie Smart City, MFG und die Regio-App enthalten seien.

1510.3010.00:

Das Finanzamt besteht aus 410 Stellenprozenten und wird um 30 Stellenprozent aufgestockt. Damit soll das Lohnwesen verstärkt werden. Eine weitere Stelle sei in Diskussion.

1726 und 1728:

Hier wurde die Frage gestellt, weshalb 27 Notfalltreffpunkte aufgeführt werden. Der Stadtpräsident erklärte, dass dies eine Verpflichtung des Kantons sei. Alle Notfalltreffpunkte des Bezirks Frauenfeld laufen über die Stadt Frauenfeld. Frauenfeld nehme diese in ihre Rechnung und werde von den anderen Gemeinden entsprechend entschädigt. Nachfolgende interne Abklärungen haben dann ergeben, dass die Kosten entsprechend der Bevölkerungszahl verrechnet werden, die Aufwendungen werden in der Folge im selben Jahr den angeschlossenen Gemeinden verrechnet. Dies war so nicht budgetiert, das Budget verbessert sich dadurch wie bereits erwähnt um 113'118 Franken. Das wäre Antrag 1 des Stadtrats, der ergänzend eingereicht wurde.

Dann noch zwei Punkte zur Investitionsrechnung.

Stadtkanzlei Inv. 00548:

Zur Frage, was die Einführung von Thin Clients für 450'000 Franken genau beinhaltet, erklärte die Stadt, dass es darum gehe, virtuelle Arbeitsplätze mit serververbasiertem Arbeiten zu ermöglichen. Bisher sei die Arbeit auf den Geräten der Anwender lokal erfolgt. Diese Anpassung sei insbesondere im Zusammenhang mit Home-Office dringend nötig.

Stadtkanzlei Inv. 00629:

Es wurde angemerkt, dass aus einer neuen IT-Strategie eine Erneuerung der Technologie, aber auch eine Einsparung resultieren müsse. Der Stadtpräsident bekräftigte, dass dies grundsätzlich die Idee sei, Leistung koste aber immer auch.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Der Antrag des Stadtrats lautet: «Dem Gemeinderat wird beantragt, das Budget 2022 in der Position 1728.4632.00 um 113'118 Franken auf -137'443 Franken anzupassen.»

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Register 3 und 6: Departement für Bau und Verkehr

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Auch in diesem Departement beantragt der Stadtrat, das Budget in der Position 2439.4636.00 um 95'000 Franken zu verändern auf -95'000 Franken. Diesen Antrag werden wir wiederum im Anschluss zur Abstimmung bringen.

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: An ihrer Sitzung vom 18. November behandelte die GPK Bau und Werke das Budget 2022 des Departements Bau und Verkehr. Stadtrat Andreas Elliker, Finanzchef Reto Angehrn, Thomas Müller, Leiter Amt für Tiefbau und Verkehr und Christoph Helbling, Leiter Amt für Hochbau und Stadtplanung, stellten sich unseren kritischen Fragen.

Mit dem Budget 2022 erfolgt im Departement Bau und Verkehr eine Reorganisation und damit verbunden eine Neugliederung der Bereiche. Die wesentlichen Veränderungen sind auf den S. 23 und 24 der Botschaft beschrieben. Das Amt für Tiefbau und Verkehr besteht ab dem 1. Januar 2022 aus drei Abteilungen: Abteilung Betrieb mit den Bereichen Stadtgrün und Werkhof, Abteilung Entwässerung mit den Bereichen Stadtentwässerung sowie Bewilligungen und Abteilung Verkehr mit den Bereichen Projektierung Bau sowie Stadtbus und Mobilitätsprojekte. Das reorganisierte Amt für Tiefbau und Verkehr kann im bisherigen Nummernbereich 22 nicht mehr dargestellt werden und findet sich deshalb neu im Bereich 24. Die Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung mit dem Vorjahr ist damit wie bereits im Budget 2021 sehr erschwert. In der GPK wurden denn auch Stimmen laut, dass das Budget 2022 kaum mit dem Vorjahr vergleichbar ist und das Studium der Unterlagen viel Zeitaufwand mit sich brachte. Der zuständige Stadtrat Andreas Elliker verwies uns auf die Tabelle auf S. 25 der Botschaft, wo die Veränderungen summarisch zusammengefasst sind.

Umgesetzt wurde der Wunsch der GPK, die Kostentransparenz bei den Personalkosten herzustellen. Hier wurde eine klare Verbesserung erreicht. Die GPK wünscht sich aber, dass nach mehreren Schritten der Reorganisation nun die Gliederung der Bereiche für einige Jahre stabil bleibt.

Die Erfolgsrechnung auf S. 55 in Register 3 ist verwirrend. Der Aufwand liegt mit 13.44 Mio. Franken rund 3.94 Mio. Franken über dem Budget 2021. Die Gründe dafür sind vielfältig, die bereits erwähnte Reorganisation schlägt hier durch, die Vergleichbarkeit ist nicht gegeben. Einzeln ausgewiesen sind auf S. 25 der Botschaft die Abschreibungen, welche gegenüber dem Vorjahr um 0.8 Mio. Franken höher liegen.

Unter der Kontogruppe 2111 Bauberatungen und Baubewilligungen erfuhren wir, dass in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits so viele Baubewilligungen bearbeitet wurden wie sonst in einem ganzen Jahr.

Im Konto 2111.3132.00 sind 80'000 Franken für Lärm- und Denkmalgutachten eingestellt. Offenbar werden immer mehr Gutachten auch in Lärmfragen verlangt. Offenbar nimmt die Streitkultur mit entsprechenden Rechtsmitteln in unserer Gesellschaft weiter zu. Die Ausgaben für solche Gutachten gehen jeweils zu Lasten der Allgemeinheit.

Kontogruppe 2112 Energieberatung: Wir erfuhren, dass die städtische Energieberatung und das Re-Audit für das Label Energiestadt Gold zurzeit extern vergeben werden.

Ein Gemeinderat stellte die Frage, weshalb unter Konto 2132.3430.00 Baulicher Unterhalt Grundstücke Finanzvermögen 70'000 Franken eingestellt seien. Grund dafür ist die Ausgliederung der Begegnungsfläche Fuchsweg-Dachsweg aus dem Landkreditkonto. Im Budget ist die geplante Aufwertung dieser Fläche aufgeführt.

Ein Gemeinderat monierte, dass die Kontogruppe 2392 Beschäftigungsprogramm ab 2022 nicht mehr zentral ausgewiesen werde und dadurch nicht mehr sichtbar sei.

Schliesslich bemerkte eine Gemeinderätin, dass in der Werkhofkontogruppe 2439 die Beiträge von 95'000 Franken der Stadtschützengesellschaft fehlen. Eine Nachkontrolle bestätigte, dass dieser Betrag durch die Reorganisation des Departements Bau und Verkehr vergessen ging. Die Korrektur erfolgt heute mit dem vorliegenden Antrag des Stadtrates.

Zu den Investitionen in Register 6: Diskussionsbedarf bei den einzelnen Investitionen in der GPK gab unter anderem die geplante Erweiterung der Pumptrack-Anlage für 130'000 Franken (Investition Nr. 556). Offenbar erfreut sich die Anlage grosser Beliebtheit und wird deshalb durch einen Skills-Park mit Hindernissen für Mountainbike-Fahrerinnen und -Fahrer erweitert.

Bei der geplanten Investition Nr. 559 150'000 Franken für die Sportanlage Kleine Allmend geht es um eine Zustandsaufnahme der Liegenschaften und der Gebäudeinfrastruktur, daraus wird anschliessend ein Sanierungskonzept folgen.

Eine Gemeinderätin hinterfragte die geplante Investition Nr. 572 zur Sanierung der Bürgerholzstrasse von der Maiholzstrasse bis zum Grünmattweg. Diese Strasse befindet sich im Einzugsgebiet des geplanten Fernwärmenetzes, weshalb mit einer Sanierung bis zur Volksabstimmung über die Erweiterung des städtischen Fernwärmenetzes zuzuwarten sei. Dasselbe gilt für die Investition Nr. 10117, dort betrifft es die Leitungen in der Bürgerholzstrasse. Ein entsprechender Antrag, diese Investitionen zurückzustellen, wird heute folgen.

Die GPK Bau und Werke stimmte dem Budget des Departements Bau und Verkehr einstimmig zu.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich schlage vor, dass wir die von Gemeinderat Leuthold soeben erwähnte Korrektur durch den Stadtrat zuerst behandeln und nachher weiter durch das Departement gehen. Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen aus dem Rat? Möchte der zuständige Stadtrat etwas dazu sagen? – Der Antrag lautet: «Dem Gemeinderat wird beantragt, das Budget 2022 in der Position 2439.4636.00 um 95'000 Franken auf -95'000 Franken anzupassen.»

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktionen

CH/GP/GLP sowie SP: Wie bereits angekündigt, möchte ich an dieser Stelle im Namen der Fraktion CH/GP/GLP und der Fraktion SP folgenden Antrag stellen: «Die Investition 0072 und die Investition 10117 Versorgungsleitungen Bürgerholzstrasse Abschnitt Maiholzstrasse bis Grünmattweg seien zu streichen.» Die Begründung dafür haben sie auch schon gelesen. Die aufgeführten Strassen und Strassenabschnitte liegen allesamt im Perimeter des geplanten erweiterten Fernwärmerings West. Die Abstimmung darüber wurde uns für den Herbst 2022 in Aussicht gestellt. Es wäre unseres Erachtens somit sinnvoll, mit den erwähnten Investitionen bis mindestens nach der Abstimmung zuzuwarten oder eigentlich bis zum Vorliegen von konkreten Anschlussprojekten, sollte die Abstimmung gewonnen werden. Und wird der Kredit bewilligt, sollte nachfolgend die Sanierung dieser Strassen zusammen mit den möglichen Fernwärmeanschlüssen budgetiert werden. Findet die Wärme West hingegen keine Mehrheit, so würden die aufgeführten Sanierungen einfach um ein Jahr verschoben. In beiden Fällen wäre so die Notwendigkeit für eine Öffnung der betroffenen Strassen nur einmal und nicht zwei Mal gegeben. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Ich erlaube mir, als Präsident der GPK Bau und Werke zum Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP und SP zur Kürzung der Investitionsrechnung im Perimeter des Wärmerings West Stellung zu nehmen. Diese Frage wurde auf Anfrage von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott auch in der GPK diskutiert und besprochen. Die Voten in der GPK waren klar. Es muss eine bessere Koordination geben zwischen dem Departement Bau und Verkehr und Thurplus, einerseits um Termine zu koordinieren, andererseits auch für die Nummerierung der Projekte in der Botschaft, damit es übereinstimmt. Ich verweise dazu auf das Protokoll der GPK vom 18. November 2021. Diese Forderung hat Stadtrat Fabrizio Hugentobler als nachvollziehbar empfunden, so steht es im Protokoll und so betonte er es auch an der GPK-Sitzung. Damit ist der Einwand von Anita Bernhard-Ott nicht auf taube Ohren gestossen, sondern man hat es aufgenommen. Und hier liegt der Kern des Antrags heute zugrunde. Selbstverständlich erwarten wir hier im Saal, dass die Strassen nicht aufgerissen werden, wenn es nicht nötig ist. Wenn wir andererseits budgetierte Kredite nicht freigeben, kann es auch anders kommen. Ich erinnere Sie an den Fall Thundorferstrasse, die nicht exakt gleich aussieht, aber in dieser Art könnte es kommen. Es wäre also schade, wenn der Bürger dem Fernwärmenetz West zustimmt, wo wir dann wegen eines gestrichenen Budgetpostens nicht einfach die Schublade öffnen und mit dem Bau beginnen können. Wenn wir dem Budgetposten heute zustimmen und den Antrag ablehnen, kann sofort gebaut werden, wenn ein Ja zum Fernwärmenetz West kommt, sonst halt in der nächsten Budgetsitzung. Ich als GPK-Präsident kann hierzu nur eines sagen: Schenken wir den Verantwortlichen das Vertrauen, dass sie uns in dieser Sache ernstnehmen und erst dann handeln, wenn es nötig ist. Das erspart unnötigen Aufwand, und wenn es wirklich pressiert, können wir auch handeln. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich begrüsse Gemeinderat Christian Mader zur Sitzung. Wir sind nun 34 Mitglieder, das absolute Mehr bleibt weiterhin bei 18.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ich kenne den Antrag ja aus der GPK. Ich kann Ihnen sagen, meine Antwort in der GPK-Sitzung war, dass das Tiefbauamt mit Thurplus 2021 eine Sitzung

hatte und unter anderem zwei fertige Strassen zurückgestellt hat. Das eine ist die Gewerbestrasse, das andere die Hasenbühlstrasse, die in den Bau gekommen wären. Die haben wir nicht gemacht wegen der Übernahme der Wärme Frauenfeld West. Der Stadtrat hat bewiesen, dass er das aufeinander abstimmt. Das kann ich so sagen. Ich danke dem GPK-Präsidenten für die wohlwollenden Worte an mich und Fabrizio Hugentobler, dass ihr das Vertrauen in uns habt, dass wir uns da absprechen. Bei der GPK gibt es eine Regel, die es schon länger gibt, dass nur noch Projekte im Grundsatz angeschaut werden und diese auch besichtigt werden. Bei den Phasen für dieses Projekt hat man das ausgeführt. Wir überlegen das und wir haben das bei den beiden Strassen Gewerbestrasse und Hasenbühlstrasse bewiesen, dass wir das können, auch wenn etwas im rollenden Prozess ist, diese Baustelle nicht auszuführen, damit man da eine Wärmeleitung mit allen Anschlüssen, die dazu noch folgen, einziehen könnte. Da gebe ich dem GPK-Präsidenten Recht, dass es richtig ist, dass es im Budget bleibt, damit dann auch mit den Arbeiten angefangen werden kann. Ich kenne die Geschichte aus diesen Streichungen. Stefan Geiges, Christoph Regli, Christian Mader, Michael Lerch, Pascal Frey, Peter Hausammann, Heinrich Christ, Elsbeth Aepli und ich verbringen mit euch die elfte Budgetdebatte und es wurde da einmal gestrichen und man merkte, dass das nicht so sinnvoll ist. Denn manchmal macht es wirklich Sinn, dass man dann reagieren kann. Darum bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP sowie SP wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. (2 Gemeinderäte befanden sich nicht im Saal.)

Register 3 und 6: Departement für Werke, Freizeitanlagen und Sport (ohne Werke/Thurplus)

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen (in Vertretung von Gemeinderat Roman Fischer): An dieser Stelle möchte ich Roman Fischer und allen anderen Erkrankten gute Gesundheit und Genesung wünschen. Das Budget dieses Departements wurde uns von Stadtrat Fabrizio Hugentobler und Amtsleiter Roman Brülisauer vorgestellt. In diesem Departement ist ein um 1.5 Mio. Franken geringerer Aufwand zu verzeichnen. 1.13 Mio. Franken davon gehen auf die Schliessung des Hallenbads zurück und 265'000 Franken, weil die Energiekosten neu bei den Liegenschaften verbucht werden. Der grosse Teil davon wurde somit gut erklärt. Ich möchte einige Bemerkungen zu Konten machen, über die wir gesprochen haben. Das ist bei Weitem nicht abschliessend, einfach nur die wichtigsten Diskussionen.

Eine ganz kleine Sache darf ich erwähnen, und zwar auf S. 99 das Konto Beiträge Verein Jugendarbeit 3110.3636.25. Da wird neu auch für die Fünf- bis Neunjährigen ein Beitrag geleistet. Das sind 15'000 Franken in unserem Budget, aber ein Beitrag, der einige Mitglieder in der GPK auch sehr freut.

Dann gehen wir gleich weiter zum Hallenbad ab S. 100, Kontogruppe 3120. Da haben wir darüber diskutiert, wieso trotz geschlossenem Bad 840'000 Franken Aufwand sind. 400'000 Franken davon sind Abschreibungen und dann gibt es noch Löhne. Diese Löhne betreffen nicht Arbeiten am Neubauprojekt, sondern es geht um Unterhaltsarbeiten. Der Rasen muss auch gemäht werden, aber vor allem auch Arbeiten rund um die Investitionen, die wir auch besprochen haben. Der Sichtbeton, der saniert wird und die neue Folie, die ins Bad eingelegt wird, damit das Freibad auch in Zukunft für Wettkämpfe tauglich ist. Investitionen, die sinnvollerweise gemacht werden, wenn die Badi sowieso schon geschlossen ist. Dafür wird Arbeitskraft eingesetzt.

Zu den Sportanlagen ab S. 105: Da gibt es eine Bemerkung zu den Löhnen, das betrifft das Konto 3122.3110.00. Beim Plus von rund 66'000 Franken geht es um eine 50%-Stelle, die neu festgelegt ist. Die Stellvertretungen für die Sportanlagen wurden bisher immer auswärts gegeben und zusätzlich bezahlt und sind somit nicht als Stelle erschienen. Diese werden jetzt als eine Stelle festgemacht, damit man diese Stellvertretungen auch gut planen kann. Das sind 50 %. Weitere 50 % sind befristet, da konnte jemand eingesetzt werden, der im Hallenbad tätig war.

Es wurde uns gesagt, allenfalls könnte ein Antrag folgen, wenn sich das bewährt, sodass man diese Stelle dann auch unbefristet festschreiben würde, aber das gäbe dann einen späteren Antrag.

Dann haben wir über die Investitionen gesprochen, die im Budget drin sind. Der Rasenmäher wurde schon erwähnt, das ist der Rasentraktor für 80'000 Franken inkl. Zubehör wie das Mähwerk usw. Es wurde uns plausibel erklärt, dass ein Rasenmäher aus dem Jahr 2005 schon fast als Oldtimer ausgestellt werden könnte und eine Instandsetzung des Geräts sich wirklich nicht lohnen würde. Das wurde uns plausibel erklärt, es findet sich auf S. 106 das Konto 3111.00.

Dann gibt es noch weitere Investitionen. Die Diskus- und Hammerwerfanlage muss erneuert werden, das ist das Konto 3111.20 in der Kontogruppe der Sportanlagen. Schön ist da zu bemerken, dass der Leichtathletikverein 30'000 Franken, also rund die Hälfte an diese Anlage beisteuert. Es bleiben dann noch 30'000 Franken für die Stadt. Die Anlage muss gemacht werden, auch damit sie dem Reglement für die Wettkämpfe entspricht.

Dann gibt es zwei grosse Investitionen, die wir zur Kenntnis genommen, aber nicht gross diskutiert haben. Es ist die Leichtathletikrundbahn, wir finden sie im Investitionsregister unter der Nummer 00518 auf der S. 93 des Investitionsregisters für 1.3 Mio. Franken. Da werden wir wohl noch darüber diskutieren, es gibt eine Botschaft dazu. Darum haben wir es in der GPK nicht weiter diskutiert. Wir haben zur Kenntnis genommen, wieso das angepackt wird und wieso es geplant wird. Ob wir es dann ausgeben wollen, werden wir im Rat dann noch bei der Botschaft diskutieren.

Die zweite grosse Investition ist der Kunstrasen im Investitionsverzeichnis 521 für 750'000 Franken. Da gibt es noch einen Fehler, zu diesem Kunstrasen wird es selbstverständlich eine Botschaft geben. Auch da werden wir im Rat ausführlich diskutieren, ob das sinnvoll ist, so viel Geld dafür auszugeben. Darum wurde das in der GPK nur kurz besprochen.

Wir wurden informiert, dass das Gesamtkonzept Sportanlagen Ende 2022 bereit sein soll. Das war auf Nachfrage aus der GPK. Ebenso ist ein Konzept zum Sanierungsbedarf der Liegenschaften zu erwarten. Wir werden interessiert darauf warten und hoffen, dass die Papiere dann auch wirklich kommen.

Dann noch kurz etwas zum Casino, S. 107 Konto 3110.3111.20. Da gaben auch die Anschaffungen kurz zu reden. Es geht um die Hubbühne. Ich glaube, da kommt man nicht darum herum. Das Gerät ist veraltet und es ist ein Gerät, das täglich gebraucht wird. Es ist auch eine Sicherheitsfrage, das muss ersetzt werden. Bei den anderen zwei Anschaffungen, dem Audioprozessor und den LED-Leuchten geht es darum, dass das Casino einigermaßen dem heutigen technischen Stand entspricht. Das wurde uns erklärt, es wurde von der GPK auch nicht infrage gestellt.

Dann sage ich noch etwas zur Festhalle, Kontogruppe 3131 ab S. 109. Da haben wir auch bei den Löhnen dasselbe wie bei den Sportanlagen. 3110.00 ist das Konto, wo die Stellvertretung von 40 % jetzt neu als Stelle aufgeführt ist. Das musste vorher auch bezahlt werden. Wenn der Abwart nicht da war, musste jemand die Arbeit machen. Jetzt wird das neu als unbefristete Stelle mit 40 % geführt. Das ist also im gewissen Sinn eine scheinbare Stellenerhöhung. Das Geld wurde bisher auch bezahlt, es war einfach nicht im Stellenplan ersichtlich. Oder man kann es auch positiv sagen: Die Transparenz ist jetzt deutlicher gegeben.

Und der Vorhang der Festhalle, dieser wurde ja auch schon erwähnt. Der steht wieder da, nachdem wir ihn im letzten Jahr bachabgeschickt haben. Er entspricht weiterhin nicht den Brandschutzverordnungen der heutigen Zeit. Wir hoffen alle, dass er niemals brennt. Wenn er brennt, würden wir uns vermutlich alle dann schämen, dass wir dem nicht zugestimmt haben. Die grosse Frage bei diesen Investitionen – es geht auch um den Hallenboden, das sind die Konten

3112.00 und 3144.00 bei der Festhalle auf S. 109, für 75'000 Franken. Die grosse Frage in der GPK war, dass ja immer darüber gesprochen wird, dass die Festhalle abgebrochen wird. Lohnen sich da die Investitionen noch? Wir haben in diesem Zusammenhang erfahren, dass die Pachtverträge bis 2034 verlängert werden, also dass dieser Vorhang dann doch noch einige Jahre in Gebrauch wäre und auch der Hallenboden in dieser Zeit noch gut bespielt werden kann.

Das war etwa das, was wir grundsätzlich diskutiert haben. Die GPK GGF empfiehlt mit 5 Ja zu 1 Enthaltung, dass man dem Budget dieses Departements zustimmt. Ich darf hier auch im Namen der GPK GGF, und ich denke auch im Namen des Rats, den Mitarbeitern des Departements und dem Stadtrat ganz herzlich danken für ihren Einsatz.

Gemeinderat Lorenz Weber (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich versuche, mich beim Votum unserer Fraktion kurz zu halten, dies auch aus dem Grund, weil wir ja keine Änderungsanträge anbringen werden und somit auch bereits unser grundsätzliches Einverständnis mit dem Budget des Amtes für Freizeitanlagen und Sport erklären. Dazu nun doch noch lobende, aber auch kritische Worte.

Die Aussage in der GPK von Stadtrat Fabrizio Hugentobler, dass man längere Zeit bei den Freizeitanlagen ordentlich gespart habe, sieht man definitiv bei den jährlichen Budgetinhalten, welche immer wieder mit Reparaturen und Ersatz von Equipment gespickt sind. Wenn Sie jetzt denken, ich beginne mit der Kritik, dann irren Sie. Wir begrüssen es nämlich, dass der Stadtrat nicht den Sparkurs beibehält, nur um das Budget zu schönen und dabei allenfalls noch grössere finanzielle Überraschungen in die Zukunft zu verschieben. Aufgrund der Begründung von Stadtrat Hugentobler erscheinen uns die gebrachten Positionen wie der letztjährig gestrichene Bühnenvorhang, der Rasentraktor, die Diskus- und Hammeranlage, Hubarbeitsbühne, der Hallenboden, aber auch die Personalbesetzung bei den Sportanlagen und Festhalle allesamt als gerechtfertigt und aus heutiger Sicht sinnvoll. Nicht mehr im Budget 2022 der Stadt, aber schade ist, dass der TKB-Fitnesspark noch nicht fertiggestellt ist, da der Boden offenbar aufgrund der Temperaturen nicht mehr eingegossen werden konnte. Ich persönlich hätte während des Winters bereits gern eine pandemietaugliche Trainingsanlage genutzt. Ich freue mich allerdings, auch im Frühling die Anlage fertiggestellt zu nutzen und ich fordere an dieser Stelle auch Stadtrat Hugentobler bei der Eröffnung zu einem Wettbewerb in einer Disziplin seiner Wahl heraus.

Nun habe ich anfangs aber auch noch Kritik versprochen. Die Notwendigkeit der Erneuerungen und Reparaturen zweifeln wir zwar nicht an, ohne das Gesamtkonzept erscheinen sie im Gesamten jedoch wenig überraschend konzeptlos. Überall die Reparaturen durchzuführen und zu hoffen, dass die reparierte Anlage dann auch noch einen Platz im Gesamtanlagenkonzept findet, ist für uns langfristig nicht zielführend. Der Stadtrat hat uns das Gesamtkonzept schon mehrfach versprochen und momentan ein Fertigstellungsdatum gegen Ende 2022 verkündet. Nach konzeptlosen Jahren müssen wir als Fraktion nun etwas mehr Druck aufbauen. Wir werden daher bei einem nächsten Budget mit möglichen Erneuerungen und Reparaturen diesem nicht mehr zustimmen, sofern das Gesamtkonzept noch immer nicht vorliegen sollte. Einer Zwischeninformation in geeigneter Form wären wir ebenfalls definitiv nicht abgeneigt. Unser Dank geht natürlich noch an den Stadtrat und die Mitarbeitenden im Amt für Freizeitanlagen und Sport für das sorgfältige Budget und natürlich die ganzjährig erbrachte Arbeit.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im eigenen Namen: Diese zusätzlichen 15'000 Franken im Konto 3636.25 Beiträge Vereinsjugendarbeit gehen auf eine Initiative von mir in der Fragestunde 2020 zurück. Ich möchte dem Stadtrat hier einfach noch danken für die wohlwollende Aufnahme ins Budget. Ich sehe diese 15'000 Franken als Investition in die Jugend und in die Kinder, die auch in Zukunft die Steuern hier zahlen werden und gut aufgenommen werden. Daher denke ich, ist es eine gute Ausgabe.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Besten Dank für die wohlwollenden Voten und den damit verbundenen Dank. Dieser gilt vor allem unseren Mitarbeitenden. Tja, wenn das Hallen-

badwasser die Murg abfließt, wird auch das Budget des Amts sehr trocken. Ein kleines Team rund um den Amtsleitenden Freizeitanlagen und Sport hat den Betrieb unserer Anlagen wo immer möglich aufrechterhalten, erschwert durch die allgemeine Lage in dem sich immer ändernden Tagesgeschäft, Anpassungen von Schutzkonzepten im gefühlten Zweiwochenrhythmus und auch nebenbei das riesige Projekt Hallenbad zu stemmen und zu bewältigen, wohlverstanden ohne Mithilfe aus anderen Ämtern. Diese Argumente helfen zu verstehen, dass mit dem ohnehin schmalen Personaletat wir priorisieren mussten und deshalb nicht alle geplanten Projekte mit gleicher Pace vorantreiben konnten. Ich bedanke mich für die Voten einerseits vom stellvertretenden GPK-Sprecher. Ich möchte dazu noch präzisieren: Die Folie im Bad wird nicht nur wegen Wettkämpfen erneuert, sondern schlichtweg, weil das Becken undicht ist. Es rinnt an allen Ecken und Enden, deshalb erneuern wir diese Folie im 50-Meter-Becken.

Zu Lorenz Weber: Ganz herzlichen Dank für die grundsätzliche Zustimmung und das Wohlwollen. Sehr gern nehme ich die Herausforderung an und flüte im Frühling die neue Anlage unten auf der Kleinen Allmend, dann habe ich meine Sportart nach Wahl schon herausgefunden. Besten Dank jetzt schon für die Challenge. Ich kann dem Votum wegen des fehlenden Gesamtkonzepts folgen. Deshalb auch meine einleitenden Worte und zu Pascal Frey: gern.

Die Gesamtheit der Freizeit- und Sportanlagen wird mit einem Konzept erfasst und das haben wir schon öfters versprochen. Wir sind jetzt aber mitten drin. Die Vereinsumfrage als Basis für dieses Konzept wurde dieses Jahr gemacht. Es haben rund 60 Sportvereine daran teilgenommen. Diese Umfrage wurde jetzt ausgewertet und dient als Basis für die nächsten Schritte im 2022. Einerseits (a) das bestehende Angebot an Sportinfrastruktur und deren Belegung zu analysieren und (b) den Erneuerungs- und Entwicklungsbedarf auf unseren eigenen Anlagen, vor allem Kleine Allmend, ermitteln zu können. Grundlage dafür sind Vorentscheidungen, dass aus Kostengründen gewisse Anlagenteile wie der Kunstrasen oder die angesprochene Rundbahn am heutigen Standort bleiben werden. Zum Riegerholz: Es wurde ebenfalls schon erwähnt, aber damit es alle wirklich nochmals auch von unserer Seite her gehört haben: Die Aufgaben, das wisst ihr, wurden teilweise stadintern neu verteilt. Es wurde zum Beispiel die Liegenschaftsverwaltung installiert. Diese Personen dort, vor allem eine Person hat gewirkt. Man spürt dies auch und es konnten die Pachtverträge in diesem Gebiet allesamt bis 2034 erneuert werden. Das gibt uns ein wenig Luft und Entlastung in diesem Gebiet. Bevor diese Verträge als Basis für weitere Abklärungen überhaupt erneuert waren, haben wir selbsterklärend von weiteren Planungen abgesehen. Somit wird es auch bei der Festhalle bis 2034 ungefähr beim Status quo bleiben, diese Massnahme gibt uns wirklich eine Verschnaufpause, haben wir doch gerade in Sachen Bau und Projekte noch einige andere grosse Brocken vor uns. Merci für die Unterstützung.

Register 3 und 6: Departement für Alter und Gesundheit

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Das Budget dieses Departements wurde uns ausführlich vorgestellt von Stadträtin Elsbeth Aepli und Amtsleiter Urban Kaiser. Sie haben uns neben dem Budget ausführliche Beilagen beigelegt, vor allem zur Entwicklung in der Spitex, aber auch zur Entwicklung bei den Ausständen der Krankenkassenprämien. Ich kann mich dazu kurzhalten. Das Budget ist um 180'000 Franken höher als das Budget 2021. Der Grund sind die Entwicklungen in der Spitex und die Mehrkosten bei den stationären Pflegekosten. Beides ist demografisch bedingt, dazu muss man glaube ich nicht viel sagen. Unsere Gesellschaft wird älter, die Kosten in diesen Bereichen werden weiter steigen. Die Leute leben lange – zum Glück auch – und nehmen lange Spitex und Pflege in Anspruch.

Wir haben weitere Fragen zu kleineren Themen und Posten diskutiert, aber das waren zu kleine Dinge, als dass ich das jetzt alles erwähnen müsste. Unsere Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet und die GPK empfiehlt das Budget des Departements 4 zur Annahme mit 5

Ja bei 1 Enthaltung. Auch hier darf ich wieder der Stadträtin und dem Amtsleiter und allen übrigen Beteiligten ganz herzlich danken für das Budget und für ihre Arbeit in diesem Departement.

Register 3 und 6: Departement für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Das Budget für das Jahr 2022 wurde an der GPK-Sitzung vom 11. November 2021 von Stadträtin Barbara Dätwyler und dem Amtsleiter Gesellschaft und Integration, Markus Kutter, vorgestellt. Gemäss Aussage der Stadträtin gingen alle aus diesem Departement nach der 1. Lesung im Stadtrat nochmals über die Bücher, um zu sehen, bei welchen Budgetposten noch etwas eingespart werden kann und es wurde reduziert, wo es möglich war. Die Einsparungen gegenüber dem Budget 2021 betragen 650'000 Franken. Das Budget 2022 sei gemäss Stadträtin eher der Rechnung 2020 angepasst und sollte nicht höher ausfallen als das Budget 2021. Am kostenintensivsten sind und bleiben weiterhin die Stellen.

Zu den aufgeführten Honoraren für die Legislatorschwerpunkte in der Erfolgsrechnung erklärte uns Barbara Dätwyler, dass diese Schwerpunkte in Strategien zu übersetzen seien und dass dies zusammen mit den Mitarbeitern hätte erarbeitet werden sollen. Die Pandemie brachte diesen Punkt aber zum Stillstand und das Projekt sollte nun mit einer externen Begleitung weitergeführt werden.

Ebenfalls in diesem Konto ist die Begutachtung der Gesuche für die Auslandhilfe, welche nächstes Jahr wieder durch Frauenfeld gemacht wird.

Die Kosten im Bereich des Asylwesens sind gestiegen, weil in diesen Bereichen die Stelle voll zu Buche schlage. Die Globalpauschalen fliessen, sobald die Asylsuchenden den Gemeinden zugewiesen werden. Wie hoch diese ausfallen, ist noch nicht bekannt.

Die Kontrolle der Sozialhilfefälle wird intern mit einem Vieraugenprinzip verstärkt. Da die Fälle mit der freiwilligen Verwaltung von Klientengeldern zunehmen, sei in diesem Bereich eine externe Kontrolle vorgesehen. Die entsprechende Offerte hat einen Umfang vom 10'000 Franken. Die Fallzahlen im Bereich der Beistandschaften steigen stetig an. Dieser Trend wurde auch von der KESB so bestätigt. Mit rund 70 Fällen pro Berufsbeistand sei man immer noch über der KO-KES-Richtlinie, weshalb eine Sozialarbeiterstelle sowie auch eine zusätzliche kaufmännische Stelle beantragt werde. Mit dieser Stelle wäre Frauenfeld dann bei 65-68 Fällen pro Berufsbeistand. Die Reisekosten und Spesen in diesem Bereich sind auf die Tatsache zurückzuführen, dass Beistände ihre Klienten an Termine begleiten müssen.

Die Position der externen Berater wurde in den Vorjahren zu tief budgetiert und zudem nehmen gemäss Barbara Dätwyler auch die Fälle zu, bei denen juristische Expertise benötigt werden. Bei Vorhandensein einer Rechtsschutzversicherung werden die Kosten weiterverrechnet.

Die Kontrolle, ob es einem Kind in der Pflegefamilie gutgehe, obliegt der KESB, dem Kanton und dem Berufsbeistand. Durch die KESB oder entsprechende Organisationen werden die Kinder vermittelt und die Kosten der Stadt belastet. Das Budget bei den Pflegeeltern ist tiefer, weil die Hochrechnung der Platzierungen etwas tiefer ist.

Auch im Bereich der Alimente gibt es eine hohe Fallbelastung. Abgedeckt wird diese derzeit durch 90 Stellenprozente verteilt auf zwei Personen. So konnten Fallzahlen abgebaut werden.

Die Herausforderung beim Amt für Gesellschaft und Integration liegt vor allem bei der Zunahme der Deutschkurse. Beim Projekt «Neues Wir» geht es um ein Projekt der eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen, die Projekte in den Bereichen Kultur sowie Kommunikation und Wirtschaftsförderung anstrebt. ob dies zustande komme, ist noch nicht bekannt. Die Elternarbeit mit dem Projekt «Zeppelin» wurde pandemiebedingt etwas ausgebremst. Aktuell gibt es keine

Warteliste. 12 von insgesamt 16 Plätzen sind derzeit belegt, der geplante Vollausbau sieht hier 24 Plätze vor.

Das Tagesschulangebot wird laufend mit der Schulgemeinde ausgebaut. Folge davon ist natürlich, dass die Kosten steigen. Diese werden mit der Schule geteilt. Der Druck auf Kindertagesstätten, Tagesfamilien und Kindertreff hat coronabedingt stark zugenommen. Die Stadt konnte in dieser Zeit mittels Leistungsvereinbarungen die Organisationen unterstützen. Der Tagesfamilienverein hat mittlerweile die Leistungsvereinbarung mit der Stadt gekündigt. Gemäss Stadträtin können keine individuellen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Die betroffenen Familien müssen nun einen höheren Tarif bezahlen oder mit Unterstützung der Stadt einen anderen subventionierten Platz suchen.

Im Bereich der Sprachspielgruppe wird ein Entscheid des Grossen Rats abgewartet, welcher bis Ende Jahr vorliegen sollte. Die Sprachförderung auf Spielgruppenebene sollte demnach zur Schulgemeinde übergehen. Zurzeit sieht es so aus, dass die Stadt mit der Schulgemeinde eine Leistungsvereinbarung abschliessen werde. Auch in diesem Bereich explodieren die Zahlen.

Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen stimmt dem Budget mit 5 Ja bei 1 Enthaltung zu.

Register 4: Finanzplan 2023-2025

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktionen CH/GP/GLP sowie

SP: Ich spreche zu dem Punkt, wo es um die Studie Parkleitsystem Innenstadt geht. Ich mache das an dieser Stelle, weil sich die Position in der Investitionsrechnung im Register 6 nicht findet. Es ist mir bewusst, wir sind im Finanzplan, wir können ab 2023 nur zur Kenntnis nehmen, aber ich spreche ausdrücklich zur Position, die das Budgetjahr 2022 betrifft und mache es eben an dieser Stelle.

Es geht um die Position 2411.5010.00220. Ich komme zur Begründung unseres Antrags. In der Diskussion um die Parkplätze in der Innenstadt spielt das Thema Parkleitsystem eine wichtige Rolle. Unsere Stadt ist in dieser Frage stark im Rückstand. Als Beleg nehme ich wieder einmal unseren Verkehrsrichtplan, er stammt aus dem Jahr 2011 und geht leider immer wieder etwas vergessen. In diesem Richtplan Siedlung und Verkehr ist behördenverbindlich vorgeschrieben, dass bis spätestens 2018 ein Parkleitsystem erarbeitet und umgesetzt werden soll. Sie finden das dort im Richtplan unter der Massnahme 4.2. Das Ziel, welches wie gesagt 2011 formuliert wurde, ist, dass unnötiger Parksuchverkehr in der Innenstadt reduziert und das bestehende Parkplatzangebot besser genutzt werden soll. Es soll damit zum Beispiel verhindert werden, dass Autos unnötig in die Freie Strasse hineinfahren, wenn dort alle Parkplätze schon besetzt sind. Das kann man vermeiden, wenn man den Verkehr über entsprechende Leitsysteme lenken kann. Die Umsetzungsfrist des Richtplans Verkehr ist vor vier Jahren abgelaufen, ohne dass etwas passiert ist. Im Budget 2021 gab es dann einen Hoffnungsschimmer. In der Investitionsrechnung des Amtes für Tiefbau und Verkehr ist eine Studie Parkleitsystem Innenstadt mit Kosten von 30'000 Franken budgetiert. Doch diese Studie wurde in diesem Jahr, wir sind jetzt am Ende von 2021, offenbar nicht erstellt. Der nicht beanspruchte Budgetkredit verfällt am Ende dieses Jahres, so steht es in der einschlägigen Verordnung des Regierungsrats über das Rechnungswesen der Gemeinden.

Ich komme zur aktuellen Situation. Im aktuellen Budget 2022, Sie sehen das wie gesagt auf Seite 16, ist diese Studie nicht mehr erwähnt. Sie taucht erst wieder auf Stufe Finanzplan auf, wo im Jahr 2023 40'000 Franken für diese Studie vorgesehen sind. Unserer Meinung nach gibt es für diese Verschiebung keine nachvollziehbare Begründung. Wir brauchen diese Studie so schnell wie möglich, sie soll deshalb im Budget 2022 budgetiert werden und in diesem Jahr auch erstellt werden. Es ist mir auch klar, dass wir den Stadtrat nicht zwingen können, eine Studie in Auftrag zu geben, was wir aber können, ist, ihm die nötigen Geldmittel in die Hand zu geben

und diese mit dem dringenden Wunsch zu verbinden, diese Studie dann auch tatsächlich zu realisieren. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, das wissen wir in dieser Stadt, die Wege sind sehr lang, wir sprechen hier erst von einer Studie. Die Umsetzung wird nochmals sehr viel Zeit, wahrscheinlich Jahre beanspruchen, bis wir tatsächlich irgendwo, wie wir es heute schon haben, wir haben es auf der Promenade mit dem Parkplatz Altstadt, dort sehen wir immer die grüne Zahl, wie viel frei ist. Dass wir das aber an relevanten Orten in der Stadt auch haben, das wird noch Zeit brauchen. Aus diesem Grund finden wir eben auch, dass wir jetzt starten müssen und das nicht mehr ein weiteres Mal nach hinten schieben wollen.

Ich komme also zum konkreten Antrag, den ich im Namen der beiden Fraktionen stelle. Dieser lautet: «In der Investitionsrechnung Amt für Tiefbau und Verkehr ist in der Position 2411.5010.00220 ein Betrag von 40'000 Franken für die Erstellung einer Studie Parkleitsystem Innenstadt einzusetzen.»

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP danke ich Kollege Wetli für den Antrag betreffend Studie Parkleitsystem Innenstadt. Ich erlaube mir dazu zu bemerken, dass die Forderung nach einem funktionierenden Parkleitsystem von Seiten unserer Fraktion schon lange im Raum steht. Als Fraktionssprecher habe ich zuletzt im Rahmen der Detailberatung der Botschaft Hallenbad 2020 die Erwartung geäußert, dass das Thema Parkleitsystem nun mit Hochdruck anzugehen sei. Das war nun vor über einem Jahr und gefruchtet hat es offensichtlich nichts, vielleicht klappt es ja nun auf diesem Weg. Unsere Auffassung diesbezüglich hat sich zwischenzeitlich auch nicht geändert. Wir sind da auch nach wie vor der Meinung, dass der erste Schritt zum Parkleitsystem in Form dieser Studie eher früher als später zu tätigen ist, folglich eben im nächsten Jahr und nicht erst 2023 oder sogar noch später. Entsprechend werden wir den zur Diskussion stehenden Antrag einstimmig unterstützen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Als Erstes fange ich mit der Rechtsmittelgeschichte an, ich habe mich damit auch auseinandergesetzt. Seit ich Gemeinderat bin und seit ich Stadtrat bin, werde ich fast zum Juristen mit den Reglementen, die vorgeworfen werden oder kommen, was alles rechtlich abgeklärt werden muss und abgeklärt werden kann. Ich stelle mich auf den Standpunkt und bei rechtlichen Sachen stellt man sich immer auf den Standpunkt, auf was man setzt. Gemeinderat Wetli hat ja in seinem Schreiben den Abs. 31 Verordnung 2 des Regierungsrats über das Rechnungswesen der Gemeinden zitiert. Ich beziehe mich da auf «Investitionen werden mittels Verpflichtungskrediten beschlossen. Verpflichtungskredite können mehrere Jahre Gültigkeit haben.» - Abs. 25 der Verordnung des Regierungsrats über das Rechnungswesen der Gemeinden. Daher sehe ich da nicht ein, dass man da einen Antrag für das stellen muss.

Und jetzt, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, mein Votum, das ich vorhin geschrieben habe, kann ich jetzt bringen. Stadt und Land im Gegensatz. Die Stadt Frauenfeld ist eine Durchschnittsgemeinde nach Abstimmungen, sagen meine Stadtratskollegen und -kolleginnen immer. Was spüre ich da? Die einen sagen, wir sollen weniger Stellen haben, weniger Aufgaben wahrnehmen. Und wenn wir mal Aufgaben streichen möchten, dann wird uns gesagt, diese dürft ihr nicht, aber das andere müsst ihr. Und wir finden keine Mehrheiten. Wenn wir Aufgaben streichen wollen und die Ressourcen anders einsetzen wollen, müsst ihr euch hier im Rahmen des Rats einigen.

Im Juni 2019 wurde ich Stadtrat, konnte das Departement Bau und Verkehr übernehmen und hatte auf dem Pendenzenzettel unter anderem das Parkleitsystem. Als Erstes, was jeder Stadtrat sinnvollerweise macht, macht er sich einen Gesamtüberblick, was auch immer gefordert wurde über alle Geschäfte, alle Studien und alles, was gelaufen ist. Und da geht viel Zeit ins Land, wenn man auch nicht so viele Ressourcen hat, um das umzusetzen. Ich möchte nicht sagen, dass meine Leute nicht arbeiten. Meine Leute arbeiten viel, wir müssen auch mit den Stunden immer wieder schauen. Von der Politik werden aber auch Dinge gefordert wie den Vaterschaftsurlaub zum Beispiel, was die Arbeitsproduktivität durch mehr Freizeit des Personals nicht fördert.

Eine Randbemerkung, das braucht auch irgendwann mehr Stellen. Man kann nicht immer mehr frei haben und dann meinen, die Verwaltung kann alles im selben Rahmen erfüllen. Als Korrektur zum GPK-Sprecher: Die Baugesuche nach drei Viertel des Jahres. 2020 war schon ein Rekordjahr und jetzt haben wir noch mehr dieses Jahr und es hat kein Ende. Es braucht mehr Bewilligungen. Und eine Bewilligung für eine Wärmepumpe braucht ähnlich viel wie ein grösseres Projekt, weil man alle Sachen kontrollieren muss.

Also, wir haben das Gesamtbild gemacht, wir haben die Mitwirkung mit Ihnen gemacht. Wir machen Schritt um Schritt. Ich mache Ihnen keine Versprechungen, wann was kommt. Es ist auch meine Aufgabe, dem Personal Sorge zu tragen, dass die ihre Arbeiten machen können. Es ist auch immer so, wenn mal ein Fehler passiert, sagen wir es, dafür kassieren wir auch die Kritik, mit dem können wir leben. Das ist ja unsere Aufgabe. Und dann ist ja auch immer die Forderung nach dem Abstellplatz und Parkierungsreglement da. Das haben wir 2022 auf der Agenda, da sind wir auch dran oder werden dann dran sein, wenn wir die Ressourcen und die Zeit dafür haben mit allem anderen, was wir bewältigen sollen, mit allen Schlüsselgebieten, die wir entwickeln sollten. Es ist das Bedürfnis da, dass wir hochprofessionelle Arbeiten liefern wie in Grossstädten wie Winterthur oder Zürich, aber mit ein wenig ländlichen Verhältnissen an Ressourcen. Da geht es nicht darum, dass ich sage, ich möchte mehr Stellen, es geht darum, dass wir das eine nach dem anderen machen wollen und sauber machen möchten, was uns auch nicht immer gelingen wird, denn jeder hat verschiedene Ansprüche. Was ist das Nächste? Nach der Rahmenkreditabstimmung im Mai wollen wir das Abstellplatz- und Parkierungsreglement in die Hand nehmen und aufgrund der neuen Ausgangslage dieser Rahmenkreditabstimmung uns nach dem Abstellplatz- und Parkierungsreglement, das noch höher auf der Agenda steht, an das Parkleitsystem machen. Wir können nicht alles miteinander machen, das geht einfach nicht. Denn es muss auch politisch immer seinen Weg nehmen. Geschätzte Damen und Herren, das ist mir schon noch wichtig. Als ich letztes Jahr informieren wollte, kam mehrfach die Kritik aus dem Rat, man wolle nicht nach jeder Gemeinderatssitzung Informationen haben. Aber wann will ich oder wann will der Stadtrat Ihnen denn Informationen zustellen können, wenn Sie nicht nach jeder Sitzung, wenn es nötig ist, mal eine Information möchten? Dass das nicht nach einer Budgetsitzung ist, kann ich verstehen. Also wollen wir den Weg gehen. Wir versuchen, den Gesamtüberblick zu halten, wir sind der Ansicht, wir haben den Gesamtüberblick, eins nach dem anderen erledigen und dann in Angriff nehmen. Und ein Parkleitsystem, das habe ich in diesem Rat schon mehrfach erzählt, das könnte man aus den Protokollen abschreiben. Mein Amtsleiter Thomas Müller sagte mir, das habe er mir schon mehrfach beantwortet. Wir sind immer in Kontakt mit St. Gallen. Man hatte schon 2017 40'000 Franken im Budget, das weiss ich noch als Gemeinderat, und man hat das Geld nicht eingesetzt, weil es nicht nur eine Tafel ist. Es braucht verschiedene Technologien, um das zu machen. Es gibt verschiedene Anpassungen, es braucht Technologien, die am richtigen Ort richtig eingesetzt werden, ohne dass alle Plätze aufgefräst werden müssen und Leitungen eingezogen werden müssen. Da sind wir ein wenig am Abwarten, dass wir nicht Investitionen machen, weil sie in St. Gallen da schon ein wenig weiter sind. Die waren auch weit, da wollten wir auch einhängen, aber die St. Galler hatten eine Firma, die für sie gearbeitet hat, aber die gibt es nicht mehr. Die Tiefbauamtsingenieure haben mehrmals jährlich einen Austausch und da wird über das Parkleitsystem gesprochen. Wenn es so einfach und so sinnvoll wäre, das jetzt einzusetzen, wäre das schon gemacht. Dann hätte das mein Vorgänger Urs Müller schon gemacht. Darum sage ich Ihnen, wenn Sie das hineintun in die Investitionsplanung, damit kann ich leben, aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob wir die Ressourcen haben, das umzusetzen. Ich will Ihnen nicht eine Versprechung machen, die ich nicht einhalten kann. Daher bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen CH/GP/GLP sowie SP wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen angenommen.

Register 5: Finanzkennzahlen

Keine Wortmeldungen.

Register 7: Thurplus

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Ich bedanke mich im Namen der GPK bei den Verantwortlichen von Thurplus für die ausführlichen Unterlagen und die grosse Arbeit, möglichst genau zu budgetieren. Die GPK Bau und Werke beantragt Genehmigung des Budgets 2022 von Thurplus. Unsere Kommission hat das Geschäft am 18. November 2021 beraten und dankt dem Stadtrat und den Verantwortlichen von Thurplus für die grosse Transparenz und die Offenheit. Wir danken insbesondere für die hohe Kompetenz in einer Zeit, wo eine sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung immer anspruchsvoller wird. Fast alle Mitglieder der Kommission sind sich einig, dass Thurplus einen guten Job macht und für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet ist. Die neue Strategie und die geplanten Massnahmen sind zwar ehrgeizig, wir sind aber überzeugt, dass Thurplus auf dem richtigen Weg ist und damit Erfolg haben wird.

Im Nachgang zur Sitzung und dem um Details erweiterten Protokoll hat ein Kommissionsmitglied seine ursprüngliche Zustimmung zurückgenommen und beantragt die Streichung bestimmter Budgetposten. Da dieses Mitglied an der heutigen Gemeinderatssitzung nicht teilnehmen kann, wird ein anderes Mitglied aus dessen Fraktion bei der materiellen Beratung den entsprechenden Antrag stellen.

Wie jedes Jahr ermöglicht uns Peter Wieland Einblicke in die Projektplanung, die strategischen Ziele und den aktuellen Stand dieser Planungen. Deswegen erlaube ich mir drei kurze Bemerkungen zum Thema Thurplus.

Gemeinderat und Stadtrat haben in den letzten zwei Jahren unsere Energieversorgerin Thurplus neu aufgestellt und konsequent auf die neuen Herausforderungen in Bezug auf Klimapolitik, Umwelt und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Thurplus ist damit zum Schlüsselunternehmen für die Nachhaltigkeit mit Blick auf die Energiewende geworden. Wir haben auf allen Ebenen wichtige Pflöcke eingeschlagen. Von den Legislaturzielen des Stadtrats über die Energierichtplanung bis zur Eigentümerstrategie samt einer Gewinnablieferung an die Stadtkasse. Auch wurden durch unseren Rat wichtige Reglemente wie das Gasreglement angepasst. In der Zwischenzeit haben die Ansprüche an unseren Energieversorger aber markant zugenommen. Die steigenden Energiepreise, die Versorgungssicherheit und die Marktöffnung bei Strom und Erdgas und die neuen Unsicherheiten bei künftigen Stromimporten nach dem abgebrochenen Rahmenabkommen mit der EU stellen alle vor grosse Herausforderungen. Dabei stehen wir unter Beobachtung durch die Bürgerinnen und Bürger, wie das Beispiel des abgelehnten CO²-Gesetzes zeigt.

Thurplus wagt den Aufbruch in den Wärmemarkt und will die Wärmeversorgung deutlich ausbauen. Dazu werden in Zukunft erhebliche Investitionen nötig. Der Ausbau fällt in eine Zeit, wo die Folgen von COVID immer noch spürbar sind, wo die Inflation auf die Stimmung drückt und die Mittel bei den Unternehmen und Liegenschaftsbesitzern nicht grenzenlos sprudeln. Dies alles spiegelt sich im Budget 2022 wider.

Nun zum Budget allgemein: Thurplus unterbreitet ein Budget von 92 Mio. Franken, das sind 11 Mio. Franken mehr als vor einem Jahr. Es wird mit einem Ertragsüberschuss von 5.8 Mio. Franken gerechnet, abzüglich 0.4 Mio. Franken in Form einer Gewinnablieferung an die Stadtkasse. Der betriebliche Aufwand beträgt 71.4 Mio. Franken und liegt rund 12 % höher als im Vorjahresbudget. Gründe dafür sind die höheren Energiepreise bei Strom und Erdgas. Strom ist am Beschaffungsmarkt doppelt so teuer wie vor einem Jahr.

Thurplus wird 2022 8.65 Mio. Franken investieren. Generell wurde von der gesamten GPK eine bessere Absprache zwischen dem Departement Bau und Verkehr und Thurplus in Fragen der Terminierung, der Projekte wie auch deren Nummerierung gewünscht. Dies wurde von den Departementen aufgenommen.

Zur Detailberatung in der GPK:

S. 345:

In der GPK tauchte die Frage auf, ob die Personalfuktuation und die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu hoch sei. Das wurde von Thurplus verneint. Die Fluktuationsrate liegt unter 6 %, was nicht sehr hoch ist. Ebenfalls wurden wir über den Weggang des Energieberaters informiert.

S. 47

Hier stellte sich die Frage, ob Thurplus bewusst weniger in das Gasnetz investiert habe, um die Gaspreiserhöhung abzufedern. Thurplus verneinte dies und führte aus, dass das Gasnetz relativ neu und gut in Schuss sei, sodass keine übermässigen Investitionen nötig seien.

S. 41

In der GPK wurde die Frage von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott gestellt, wieso man bei den Strassen im Perimeter der Fernwärmeversorgung nicht zuwartet, bis die Stimmbürger über den Ausbau entschieden haben. Thurplus hat darauf verwiesen, dass dies Sache des Amts für Tiefbau und Verkehr sei. Zu dieser Frage haben wir heute bereits eine Diskussion geführt.

Erfolgsrechnung:

In der GPK wird die Optimierung der Fahrzeugflotte und die Investitionen in die Weiterbildung des Personals ausdrücklich begrüsst.

Informatikkosten:

Die GPK hat über die Höhe der Informatikkosten diskutiert. Sie werden höher budgetiert, weil die Digitalisierung fortschreitet und Thurplus künftig die wegfallenden städtischen IT-Dienstleistungen tragen muss.

In der GPK wurde die Transparenz bezüglich der Herkunft des Erdgases infrage gestellt. Thurplus hat darauf aufmerksam gemacht, dass dies auch beim Strom schwierig sei. Zum Zeitpunkt der Budgetierung kann man diese Frage nicht klären. Das sei erst im Stadium der Rechnungslegung möglich. Thurplus strebt an, dies bei der Rechnung 2022 transparent darzustellen.

872 Netzanschlusskostenbeiträge:

In der GPK wurde die Zunahme der Netzanschlusskostenbeiträge in der Höhe von 25'000 Franken hinterfragt. Thurplus hat die GPK im Nachgang zur Sitzung dazu dokumentiert. Die Zunahme der Gasanschlüsse ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Liegenschaften von Heizöl auf Erdgas umgestellt haben. Ein allfälliger Streichungsantrag für diese Position wird direkt durch die entsprechende Fraktion erfolgen.

Die GPK hat dem Budget 2022 einstimmig zugestimmt und nach den zusätzlichen Unterlagen durch Thurplus ist ein Mitglied auf seine vorherige Zustimmung zurückgekommen und durch ein Nein ersetzt worden. Die GPK beantragt damit grossmehrheitlich Zustimmung zum Budget 2022 von Thurplus.

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Der GPK-Präsident hat es bereits angekündigt. Und zwar geht es um einen Antrag zur Investitionsrechnung von Thurplus 2022. Das ist ein Antrag, den ich im Namen der Fraktion CH/GP/GLP stelle.

Ich möchte zuerst einleitend dazu etwas sagen und dann den Antrag stellen. Das Positive zum Anfang: Energiepolitisch macht Thurplus erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung. Dazu gehören die Investitionen in PV-Anlagen, in Fernwärmenetze, Batteriespeicher und Aufbereitung von Biogas. Die Energie- bzw. die Klimawende ist trotzdem nicht in Sicht, auch wenn, wie kürzlich kommuniziert, erneut das Label Energiestadt Gold angestrebt werden soll. 2050 sollte die Schweiz klimaneutral sein, Frauenfeld wird das nicht einmal bei der Gebäudeheizung erreichen. Das Umstellungstempo auf erneuerbare Energie ist viel zu langsam. Dabei ist die Klimawende im Gebäudebereich am einfachsten zu erreichen. Vorausschauende Städte und Kantone wie Glarus oder Zürich haben das erkannt und sind sogar schneller unterwegs. Sie schaffen sich so Reserven für die ungleich anspruchsvolleren Bereiche wie zum Beispiel die Mobilität oder die Gebäudeerstellung. Was in Frauenfeld konsequent negiert wird, ist der riesenhafte Elefant, der im Raum steht. Er steht für die weiterhin bestehende Gasabhängigkeit. Wir wissen nicht, wie oft uns bereits versichert wurde, dass das Gasnetz nicht weiter ausgebaut wird. Konsequenz zu Ende gedacht heisst das, dass auch keine neuen Gasanschlüsse erstellt werden sollten. Gemäss Finanzplan und Auskunft in der GPK sind weiterhin für viele Jahre neue Gasanschlüsse geplant. In den Jahren 2022-2025 sollen es mehr als 80 sein. Die Anzahl nimmt zwar stetig ab, aber das dürfte nicht am energiepolitischen Umdenken liegen, sondern ganz einfach daran, dass es immer weniger Ölheizungen zu ersetzen gibt. Damit wird ganz einfach der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. Der Wechsel von einer Öl- zu einer Gasheizung verringert den CO²-Ausstoss um etwas mehr als 20 %, und diese Gasheizung stösst dann während ihrer Lebensdauer von 20-25 Jahren weiterhin grosse Mengen klimaschädliches Kohlendioxid aus. Wir fragen euch: Sieht so die Klimawende aus? Ist das im Sinn der Gasstrategie, die in Arbeit ist? Wir finden, dass Frauenfeld seine energiepolitische Verantwortung nicht wahrnimmt. Seit dem 10. Juni 2020 ist das neue städtische Reglement über die Rechtsstellung und die Aufgaben der Werkbetriebe in Kraft. In Art. 2 sind die Grundsätze zur Aufgabenerfüllung definiert und in Abs. 3 heisst es dort «Sie» - also die Werkbetriebe bzw. neu Thurplus – «fördern die Produktion und den Vertrieb von erneuerbaren Energien sowie den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern.» Das steht dort schwarz auf weiss. Das ist für uns ein klares, verbindliches und unmissverständliches Versprechen. In diesem Reglement steht nirgends drin, dass Thurplus dazu verpflichtet ist, neue Gasanschlüsse zu erstellen. Im Gegensatz zu Wasser und Strom gehört Erdgas nicht zur Grundversorgung. Wir beantragen darum, in der Investitionsrechnung alle Positionen für neue Gasanschlüsse zu streichen. Es sind deren zwei.

Mit dem ersten Antrag soll der weitere Ausbau des Gasnetzes unterbunden werden. Es betrifft die folgenden Investitionen der Investitionsrechnung, Sie finden das auf S. 27 (PDF S. 455) in Register 7. Das ist 872 Gas der Betrag von 40'000 Franken, die Spalte bei den Einnahmen ist zu streichen. Und die Spalte bei den Ausgaben würde neu lauten 54'088 Franken anstelle von 94'088 Franken.

Der zweite Antrag bezieht sich auf S. 32 (PDF S. 460) ebenfalls im Register 7. Dort finden Sie die Zeile Netzanschlusskostenbeiträge, die zweitunterste Zahl, wo es dann noch heisst Pauschalkürzung 40'000 Franken. Diese 40'000 Franken sind zu streichen. Das gleicht sich dann jeweils aus. Es macht auf der einen Seite weniger Aufwand und auf der anderen Seite weniger Ertrag, das geht von sich aus auf.

Ich hoffe, Sie können diesen Anträgen folgen und hoffe natürlich auch, dass Sie diese beiden Anträge zur Beschleunigung der Klimawende unterstützen.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Ich erinnere Sie an die Budgetsitzung des Gemeinderats vor einem Jahr im Casino. Damals haben wir einen Antrag abgelehnt, der lautete, es gibt in Frauenfeld keine neuen Gasanschlüsse mehr. Meine Argumente als GPK-Präsident waren damals – ich zitiere: «Der Thurgauer Grosse Rat hat das kantonale Energiegesetz mit 26 zu 0 Stimmen angenommen.» Das heisst, dass sämtliche Gemeinderäte, die gleichzeitig auch Kantonsräte sind, diesem Gesetz zugestimmt haben. Das kantonale Gesetz macht den Einsatz von Gas weiterhin möglich, unter bestimmten Voraussetzungen dürfen sogar

weiterhin Ölheizungen gebaut werden. Mein Argument war vor allem, mit einem gänzlichen Weggang von neuen Gasanschlüssen würde man sogar Erdölheizungen fördern. Diese Argumente waren matchentscheidend, dass der Rat damals mehrheitlich Nein zu diesem Antrag sagte. Was ist in der Zwischenzeit passiert? In der Zwischenzeit gab uns die Presse Recht. Am 21. November erschien ein Artikel in der Sonntagszeitung «Ausgerechnet jetzt Run auf Ölheizungen». Weil genau das passiert ist, was ich damals sagte. Wenn jemand aufs Geld schaut, baut er keine andere Heizung als eine Erdölheizung. Ausser er hat eine Alternative wie Erdgas. Wir sind eine Erdgasstadt. Der grösste Teil unserer Erdgaskunden waren Erdölkunden, die aus ökologisch/ökonomischen Grundsätzen gehandelt und auf Erdgas abgestellt haben. Ich bin mit dem Antragsteller einig, Heizen mit Gas muss man ändern. Aber nicht heute und morgen. Das ist meiner Meinung nach nicht nötig. Das ist das erste, was sich geändert hat.

Das zweite, was seither geändert hat, wir haben in diesem Rat ein Gasreglement genehmigt. Stefan Leuthold hat gesagt, es verpflichtet nicht. Ich lese es verpflichtend, dass man Gasanschlüsse macht. Wir bauen das Gasnetz in Frauenfeld nicht aus, sondern wir machen Anschlüsse ans bestehende Netz. Das mag für die einen Liegenschaftsbesitzer Sinn machen, für andere nicht. Ich bin nicht der Meinung, dass wir das Recht haben zu entscheiden, was einer macht. Und ich finde, es nützt auch dem Klimawandel nicht, wenn wir immer beim Gleichen anfangen und irgendetwas erzwingen wollen, was eigentlich keine gesetzliche Grundlage hat, jemandem zu sagen: Du musst. Lassen wir unsere Leute selber entscheiden, fördern wir unsere Thurplus, dass sie die Energiewende anpacken und dann kommt das andere Problem automatisch. Ich bitte Sie auch in diesem Jahr, diesen Antrag abzulehnen, damit diese Streichung nicht kommt.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Zum Materiellen möchte ich nichts wiederholen. Der Budgetposten entspricht der aktuellen gesetzlichen Grundlage, wie sie von Parlamenten und vom Volk festgelegt ist. Es darf nicht sein, dass wir durch die Streichung von Budgetposten eine Politik betreiben, die dem aktuellen Gesetz widerspricht. Werke und Einwohner/innen unseres Kantons müssen sich auf Rechtssicherheit verlassen können.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich spreche im Namen von Thurplus, geschätzte Kundinnen und Kunden, besten Dank für Ihr Vertrauen und die mehrheitlich positiven Voten zu gut 71 Mio. Franken Umsatz. Ich möchte selbstverständlich zum Streichungsantrag ein paar Worte verlieren, geschätzter Gemeinderat Leuthold, der dies in Vertretung vorgetragen hat.

Sie bezeichnen unsere Bemühungen als zaghafte Schritte und viel zu langsam – das kann man so sehen. Ich glaube, Ihnen ist nicht wirklich bewusst, welche Aufwendungen unser Personal in diesem Bereich gemacht hat, respektive Sie ziehen wieder einmal die Vergleiche zur Grossstadt Zürich hervor, das lässt sich nur schon vom Personal her wirklich nicht vergleichen. Deshalb hinkt dieser Vergleich sehr. Für uns steht als Thurplus genauso nirgends geschrieben, dass wir Gasanschlüsse nicht mehr machen dürfen, wie das wir sie machen dürfen. Das steht so, im jetzigen Auftrag ist es so. Es steht nirgends in den neuen Reglementen, dass wir dies in Zukunft nicht mehr machen dürfen. Ich nehme dies als Basis für unser Tun und wir pflegen in dieser Art und Weise eine Beziehung zu unseren Kundinnen und Kunden. Sie möchten uns ja ein wenig unterstellen, wir würden unsere Aussagen nach Lust und Laune ändern. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bereits schon in der Antwort auf die Einfache Anfrage anfangs Januar 2021 geschrieben haben, dass Erschliessungen von Erdgasanschlüsse individuell und nach Aufwand verrechnet werden, also wir machen diese Hausanschlüsse wo gewollt noch. Es sind nur noch wenige, es sind halb so viele, wie pro Jahr abgehängt werden.

Vielleicht zu den Begriffen: Bei Gaserschliessungen handelt es sich um Gebiete, um Strassenzüge, die neu mit Gas versorgt würden. Das machen wir nicht mehr. Aber Hausanschlüsse ja, die werden im kleinen Rahmen noch gemacht.

Den Verdacht, dass wir ungenau oder unwahr informiert hätten, muss ich wirklich mit aller Deutlichkeit retournieren. Wir halten uns an die gegebenen Vorgaben und diese haben unter anderem auch Sie uns gegeben. Wir halten uns an diese Vorgaben, nicht an Ideologien, sondern an die Fakten und wir sehen kein Verbot. Gemeinderat Geiges hat dies schon erwähnt, MuKE erlaubt dies explizit. Wenn Sie das ändern möchten, dann benötigen wir von Ihnen angepasste Reglemente – die sind eineinhalb Jahre alt – und nicht eine Anpassung des Budgets. In der Gasstrategie Frauenfeld gibt es 2022 eine zukunftsgerichtete Strategie für nächste grundlegende, zukunftssträchtige Entscheide. Dies zeigt den Willen des Stadtrats, sich klimapolitisch nach der Wärme-Kälte-Strategie mit dem Thema Erdgas auseinanderzusetzen. Sie mögen jetzt behaupten, das sei zu zaghaft, aber wir möchten damit die Weichen für die Zukunft stellen. Deshalb geben wir uns erst eine neue Basis mit einem Gasreglement und eine Strategie, wie wir den Auftrag der Gasversorgung zukünftig machen oder geändert haben möchten.

Wir beschreiten den eingeschlagenen Weg der langfristigen Planung, auch wenn von manchen gebetsmühlenartig bei jeder Gelegenheit immer die gleiche Absicht verfolgt wird, dass in Frauenfeld die Gashähne sofort zugedreht werden sollen. Erst gerade vor einem Jahr haben wir uns die Basis gegeben, die immerhin mit einer Dreiviertelmehrheit hier drin gutgeheissen wurde, und wir sind jetzt mit diesem Reglement als Basis für unsere Kundschaft eingestanden, haben uns als Versorger auch diesen Auftrag gegeben. Zum Argument, wir würden die Klimawende nicht schaffen oder auf die lange Bank schieben: Wir erachten nicht den Verzicht von 20 Hausanschlüssen mit Gas bei doppelt so vielen Stilllegungen, sondern die uns selbst auferlegte langfristige Gasstrategie Frauenfeld als zielführend. Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen, den Antrag oder die Anträge auch zum Finanzplan abzulehnen.

Abstimmung

Antrag 1 der Fraktion CH/GP/GLP zur Investitionsrechnung wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag 2 der Fraktion CH/GP/GLP zur Investitionsrechnung wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:

Nach den Ausführungen des zuständigen Stadtrats möchte ich den zweiten angekündigten Antrag nicht stellen. Das heisst, wir vertrauen darauf, dass wenn immer möglich die Strassen im Perimeter der Wärme Frauenfeld West erst nach der Abstimmung und erst nach Vorliegen von konkreten Projekten geöffnet werden.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Besten Dank, geschätzte Anita. Ich möchte darauf noch kurz etwas erwähnen, und zwar geht es mir um die Investition Schaffhauserstrasse. Es geht mir wirklich darum, etwas zu erwähnen. In der Schaffhauserstrasse gibt es zwei alte Wasserleitungen, Duktill- und Grauguss. Die sind beide so alt, dass sie wirklich in unmittelbarer Zukunft ersetzt werden müssen. Das eine Rohr datiert aus dem Jahr 1945. Ich möchte ganz ehrlich gesagt lieber ein wenig proaktiv die ganze Sache angehen mit dem Team von Thurplus und nicht solche Übungen wie am 1. August wiederholen. Deshalb wird es dort in diesem Bereich wirklich so sein, das möchte ich hier festhalten, dass wir diesen Abschnitt sanieren müssen, weil einfach die Wasserleitung so marode ist, dass wir keine weiteren Schäden produzieren. In dem Sinn kann ich aber zur Beruhigung dazu sagen, dass in diesem Strassenabschnitt höchstens eine Querung der Fernwärmeleitung vorgesehen ist und nicht in der Längsachse. Dies einfach zur Erklärung, wieso allenfalls diese Strasse trotz anderen Beteuerungen trotzdem gemacht wird.

Register 8: Alterszentrum Park

Gemeinderat Lorenz Weber (GLP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Schwierig. Unter diesem Begriff läuft in der momentanen Zeit leider sehr viel. Nun auch die Erstellung eines Budgets für das Alterszentrum Park für das Jahr 2022.

Stadträtin Elsbeth Aepli und Bernhard Liepelt legten uns an der GPK-Sitzung vom 11. November verständlich dar, dass ein Budget in der ungewissen Situation besonders für das AZP schwierig ist. Auch da die Rechnung 2020 und das laufende Jahr 2021 nur schwer als Beispiel herangezogen werden können. Die wichtigsten Punkte kurz zusammengefasst:

Das Budget 2022 beinhaltet bereits die Pensionspreiserhöhung von 5 Franken pro Tag, dadurch ergibt sich trotz der niedrigeren geschätzten Belegung von 94 % im Vergleich zum Vorjahr von 96 % ein Ertragsüberschuss. Budgetiert wurde auch mit einem RAI-Index von 115, im September dieses Jahres war dieser jedoch bereits bei 113. Die Herausforderung von schwankenden Pflegeintensitäten und Belegungen hat nicht nur das AZP. So wurden im Jahr 2020 schweizweit über 10 % weniger Eintritte in Alters- und Pflegeheime registriert. Auch die Lage auf dem Personalmarkt hat sich definitiv nicht entspannt und birgt daher weiterhin Sorgen. Nach Nachfragen der GPK-Mitglieder wurden unter anderem auch diverse Fragen wie folgt beantwortet:

Die Annahme der Pflegeinitiative verspricht kurzzeitig und somit auf das nächste Jahr bezogen noch keinen Effekt und bringt somit beim angesprochenen Fachpersonalmangel keine Entspannung. Die Stromkosten wurden niedriger budgetiert, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Preiserhöhung von Thurplus noch nicht bekannt war. Die Pensionspreiserhöhung von 5 Franken pro Tag bringt Mehreinnahmen von total 275'000 Franken. Und gelobt wurde von einem GPK-Mitglied noch die Tatsache, dass das Thema Foodwaste angegangen wird und sogar auch im Budget zu klaren Einsparungen führt. Am Schluss stimmte die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen dem Budget 2022 für das Alterszentrum Park einstimmig zu.

Register 9: Übersicht zum Stellenplan

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wird ein Rückkommen gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Beschlussfassung.

BESCHLUSSFASSUNG

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung angenommenen Anträge mit 27 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Antrag 4 wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Antrag 5 wird einstimmig angenommen.

Antrag 6 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die Budgets der Stadtverwaltung, von Thurplus und des Alterszentrums Park für das Jahr 2022, das sind die Anträge 3, 4 und 5 dieses Beschlusses, unterstehen dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der neuen Gemeindeordnung. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Das Behördenreferendum wird nicht gewünscht. Somit gilt die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten. Diese beginnt am 16. Dezember 2021 und endet am 31. Januar 2022.

Wir haben 19.38 Uhr und wir haben die heutige Tagesordnung durchberaten. Ich stelle fest, je näher die Sitzung an Weihnachten liegt, desto harmonischer wird im Rat diskutiert. Wäre viel-

leicht ein Tipp für die Agenda im nächsten Jahr bezüglich Gemeinderatssitzungen. Die nächste Gemeinderatssitzung im neuen Jahr findet am Mittwoch, 19. Januar 2022 um 18 Uhr statt.

Mein Dank geht an Giuseppe D'Alelio und das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen restlichen Abend und vor allem erholsame, schöne Festtage. Merci vielmal und uf Wiederseh mitenand.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:40 Uhr

* * *

